

3. Politische Hindernisse für eine tschechisch-deutsche Zusammenarbeit im Rahmen der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption

Ein zentrales Problem der politischen Arbeiterbewegung für die Behandlung der nationalen Frage und ihre Einordnung in die sozialistische Strategie stellte der Umstand dar, daß sich aus dem Marxismus hierfür keine direkten Handlungsanweisungen ableiten ließen. Marx und Engels hatten bestenfalls eine Ansicht zur nationalen Frage formuliert, jedoch keine geschlossene Theorie vorgelegt. In dieser Ansicht war die Nation vor allem mit der Entwicklung und dem Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise verbunden und kulminierte im Nationalstaat als dessen politischem Überbau. Der Nationalismus war ein weiteres Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Darüber hinaus hatten Marx und Engels, die Bedeutung nationaler Traditionen unterschätzend, zwischen lebensfähigen Nationen und geschichtslosen Nationen unterschieden, die keinen eigenen Nationalstaat erlangen werden und sich deshalb assimilieren müssen. Als Folge dessen flüchtete sich der Marxismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in nationale Negation und lehnte das Recht auf nationale Selbstbestimmung ausdrücklich ab.

In der österreichischen Arbeiterbewegung war somit die Frage, ob dem Klassenkampf oder der Nation der Vorzug in der politischen Strategie zu geben sei, bis zum Ausbruch des Nationalitätenkampfes in den achtziger Jahren praktisch zu vernachlässigen gewesen. Indem sich die Partei hinter dem Schutzschild ihres proletarischen Internationalismus verschanzte, verleugnete sie die Existenz von Gefühlen nationaler Zugehörigkeit in der Arbeiterschaft. Spätestens mit der Konstitutionalisierung neuer Nationalstaaten stellte dieses Problem jedoch keine Nebensächlichkeit mehr dar, sondern nahm einen zentralen Stellenwert ein und zwang die Bewegung, hierzu auch theoretisch Stellung zu beziehen. Der sog. Austromarxismus entwickelte deshalb einen nationalitätenpolitischen Ansatz, der sowohl die Einheit des österreich-ungarischen Staates und vor allem dessen gemeinsamen Wirtschaftsraum erhalten als auch den nationalen Minderheiten mehr Rechte verschaffen wollte. Dies sollte über die Aufteilung der einzelnen Nationalitäten in rechtliche Körperschaften erreicht werden, denen administrative, kulturpolitische und auch gesetzgeberische Aufgaben zugestanden werden sollten. Theoretisch basierte dieses Konzept auf einem Nationenbegriff, der die Nation vor allem als Kultur-, Schicksals- und Charaktergemeinschaft betrachtete. Im Gegensatz zur Interpretation in der deutschen Sozialdemokratie, die durch Karl Kautsky die Sprache und das Staatsterritorium als die beiden konstitutiven Faktoren für die Nation sah, über die sich alle sozioökonomischen und kulturellen Beziehungen regeln, vertrat Otto Bauer ein Sozialismusmodell, in dem sich verschiedene nationale Individualitäten verwirklichen können. Die Nation definierte Bauer als "die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen"¹¹⁹. Somit stellte die Nation für Bauer das Ergebnis eines historischen Prozesses und das Produkt eines gemeinsamen historischen Schicksals dar, d.h. es konnten demnach - anders als bei Marx - auch neue Nationen und Nationalstaaten entstehen. Weitere Ansatzpunkte für den austromarxistischen Nationenbegriff

¹¹⁹ Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, in: Otto Bauer. Werkausgabe, Bd. 1, Wien 1975, 49-622, S. 194.

stellten die exponierte Stellung der nationalen Kultur dar, die subjektive Entscheidung für eine Nation, die Loslösung von der territorialen Frage sowie die Tendenzen zur Entpolitisierung der nationalen Frage und zur Nationalisierung des Sozialismus bei Aufrechterhaltung des Internationalismus. Dieses Theoriegebäude wurde nach 1918 maßgebend für die Haltung zum tschechoslowakischen Nationalstaat und für die Beurteilung der nationalen Frage im tschechoslowakischen Vielvölkerstaat durch die tschechischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten, und es bot ausreichend theoretische Spielräume sowohl für die Ablehnung des Nationalstaates als auch für seine Anerkennung, seine Unterstützung und die nationale Identifikation mit ihm¹²⁰.

3.1 Die Rolle und das Ausmaß der Beteiligung der ČSD an der Ausformung des Nationalstaates und ihre Haltung zur sudetendeutschen Frage

Die Gründung eines tschechoslowakischen Nationalstaates am 28.10.1918 widersprach bis zu einem gewissen Maß der politischen Ausrichtung der tschechischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert. Diese war seit der durch Fr. Palacký 1848 erteilten Absage an die Einladung der Frankfurter Paulskirchenversammlung stets für den Erhalt der Donaumonarchie eingetreten. Auch nach der jahrzehntelangen Blockierung der tschechischen Ausgleichsbestrebungen durch das deutschsprachige Element und das ungarische politische *Establishment* betrachtete die Mehrheit der maßgebenden politischen Kräfte in den böhmischen Ländern zu Beginn des 20. Jahrhunderts Österreich-Ungarn als geeigneten staatlichen Rahmen zur Verwirklichung ihrer jeweiligen politischen, sozioökonomischen und nationalen Zielsetzungen. Insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten, die 1907 zur stärksten politischen Kraft aus den böhmischen Ländern geworden waren, erachteten trotz der seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts festzustellenden Bestrebung, innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ein höheres Maß an organisatorischer Autonomie zu erlangen, in ihrer Mehrheit die wirtschaftliche Einheit Österreich-Ungarns als vorteilhaft für soziale Reformen und das Endziel ihrer Bewegung, einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung. Seit ihrem ersten Auftritt im Wiener Reichsrat 1897 sprachen sie sich gegen den staatsrechtlichen Nationalismus des tschechischen Bürgertums aus. Nationale Unterdrückung könne auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus nur auf dem Weg des gemeinsamen Kampfes des Proletariats aller Nationalitäten in der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgehoben werden. Der Nationalismus jeglicher politischer Ausrichtung sei hierfür ein entscheidendes Hindernis. Dieser dem austromarxistischen Gedankengebäude zuzuordnende Ansatz wurde auch nach der 1911 erfolgten organisatorischen Trennung von den österreichischen Sozialdemokraten weiter verfolgt, und noch in ihrer Parteitage resolution vom Dezember 1913 erklärten die tschechischen Sozialdemokraten, daß es sowohl im Hin-

¹²⁰ Vgl. zum Zusammenhang von Nationalitätenpolitik der österreichischen Sozialdemokratie und der Herausbildung des Austromarxismus R. Löw: Der Zerfall der "Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889-1914), Wien 1984.

blick auf das internationale Gleichgewicht als auch auf nationale und Arbeiterinteressen zu einem großen Staatskörper in Mitteleuropa keine Alternative gebe. Der Weg in die tschechische Eigenstaatlichkeit wurde explizit abgelehnt. Vielmehr wurde von der sozialdemokratischen Führung um B. Šmeral eine Umwandlung der Monarchie in eine Föderation sich autonom konstituierender Nationen gefordert. Die Auseinandersetzung um die nationale Frage sollte sich lediglich auf den Kulturbereich beschränken¹²¹.

Trotz der im tschechischen politischen Lager verbreiteten Einsicht in die Existenznotwendigkeit eines supranationalen Staatsgebildes darf nicht übersehen werden, daß die nationale Emanzipation der Tschechen von eben diesem Staat zunehmend zu verhindern gesucht wurde. Da Österreich-Ungarn ein vom deutschen Element dominiertes Gebilde war, bekam die Auseinandersetzung mit dem Deutschtum langfristig einen besonderen Stellenwert für das Streben der Tschechen nach nationaler Gleichberechtigung. Die Strömungen, die eine Lösung der Tschechischen Frage außerhalb der Donaumonarchie anstrebten, entstanden jedoch erst im Vorfeld des Ersten Weltkriegs. Richtungsweisend war dafür die Erfahrung, daß das bestehende politische System weder zu einer weiteren demokratischen Entwicklung im Inneren noch zur Gewährleistung der nationalen Gleichberechtigung der in ihm existierenden Völker in der Lage war. Statt dessen geriet es außenpolitisch immer stärker in Abhängigkeit vom Deutschen Reich, das auf eine Konservierung der Machtverhältnisse besonders in den böhmischen Ländern hinwirkte. Der Krieg verstärkte die Diskussionen um die nationale Frage in der gesamten Monarchie und auch in den böhmischen Ländern. Nachdem alle nationalen Ausgleichsbestrebungen vor 1914 gescheitert waren, wurde in Böhmen immer deutlicher, daß der Krieg nicht ohne eine grundlegende Entscheidung über die innere Verfassung Österreich-Ungarns werde ausgehen können. Während das tschechische Bürgertum, das infolge des Repressionskurses der österreichischen Behörden gegen politische Eliten zunehmend in eine offene Widerstandshaltung gegenüber der Donaumonarchie getrieben wurde, nun stärker auf die Verwirklichung ihrer staatsrechtlichen These drängte, strebte das sudetendeutsche Bürgertum in politisch aggressiver Weise nicht nur auf die Wahrung ihrer nationalen Besitzstände, sondern auch auf den Ausbau ihrer Vorrangstellung hin. Beredtes Zeugnis hierfür waren die sog. 'Osterbegehrrschft' des Deutschen Nationalverbandes vom April 1915 oder das Programm der deutschen Volksräte vom März 1916, in denen die politische und wirtschaftliche Bindung an das Deutsche Reich und die Durchsetzung des Primats der deutschen Sprache in der Verwaltung und im Schulwesen gefordert wurde. Vor diesem Hintergrund hatten alle föderativ-demokratischen Lösungsansätze, wie sie in der österreichischen Sozialdemokratie als Modifizierung des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899 gefordert wurden, gegen Kriegsende jegliche Chance auf Verwirklichung verloren.

¹²¹ Vgl. Šolle (1966/67), a.a.O.; Šolle (1969), a.a.O.; J. Galandauer: Šmerals Auffassung der Nationalitätenfrage und das Verhältnis der tschechischen Nation zu Österreich-Ungarn am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: *Historica* 4 (1983), S. 47-99; H. Konrad: Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976; H. Mommsen: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburger Vielvölkerstaat. Das Ringen um supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung, 1867-1907, 2 Bde., Wien 1963.

Politisch und geographisch war die tschechische nationale Befreiungsbewegung nach Kriegsbeginn in zwei Zentren geteilt: einer Auslands- und einer heimischen Bewegung. Die Konzeption einer nationalstaatlichen Lösung der Tschechischen Frage setzte sich zuerst in der Auslandsbewegung durch, dessen unangefochtener Kopf T.G. Masaryk war. Nach seiner durch Herders Philosophie bestimmten Auffassung habe das tschechische Volk den Gipfelpunkt seiner Entwicklung erreicht, auf dem es nun das Recht besitze, seinen eigenen Staat zu gründen und so seine nationale Emanzipation zu vollenden. Politisch berief sich Masaryk auf die Annahme, daß der Pangermanismus die größte Gefahr für die Entwicklung eines freiheitlichen Europas darstellte. Auch wenn dessen Stoßkraft durch den Kriegsausgang geschwächt worden ist, sei es notwendig, sich durch eine territoriale Neuordnung Mitteleuropas gegenüber der absehbaren Wiedererlangung seiner Machtstellung zu wappnen. Gegenüber den Westmächten argumentierte Masaryk erfolgreich mittels einer Verbindung des historischen böhmischen Staatsrechts mit dem Selbstbestimmungsrecht des 'tschechoslowakischen' Volkes.

Die weitaus heterogener zusammengesetzte heimische Bewegung verhielt sich nicht zuletzt wegen politischer Unterdrückung durch den österreichischen Staat lange Zeit abwartend und schwenkte erst ab dem Frühjahr 1917 auf den Kurs zur Eigenstaatlichkeit ein. Zu einer ersten gemeinsamen Erklärung aller im Reichsrat vertretenen tschechischen Parteien über die Bildung eines souveränen Staates in den Grenzen der böhmischen Kronländer, der frei über seinen Verbleib im österreich-ungarischen Staatswesen zu entscheiden befugt sei, kam es erst im Januar 1918 in der sog. 'Dreikönigserklärung'. Einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der heimischen Bewegung besaß die neoslawisch orientierte Konzeption Karel Kramářs, welche die Einsetzung eines Romanov auf den böhmischen Königsthron vorsah. Sie ging ebenso wie Masaryk von der Annahme aus, daß die Deutschen ihre momentane politische Schwäche überwinden werden und die Tschechen ihnen dann schutzlos gegenüberstünden. Zur Festigung ihrer innerstaatlichen Stellung setzte Kramář deshalb auf die absolute Einheit der Nation und international auf die Bildung einer slawischen Föderation unter Führung des russischen Zaren. Bis Mitte 1918 waren sich die tschechischen Vertreter in ihren politischen Zielen nach Schaffung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates weitgehend einig und lehnten sowohl das Manifest Kaiser Karls I. vom 16.10.1918 über eine Föderalisierung der Donaumonarchie, in der "jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet"¹²², als auch Kompromißverhandlungen mit der österreichischen Regierung kategorisch ab¹²³.

Die tschechischen Sozialdemokraten hatten sich aufgrund des internationalistischen Politikverständnisses der Šmeral-Führung innerhalb des tschechischen Lagers zunehmend isoliert. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs unterstützten sie im Kanon mit den österreichischen Sozialdemokraten die Regierungspolitik. Neben der ideologischen Prämisse von der Notwendigkeit des Erhalts des österreich-ungarischen Wirtschaftsraums sind hierfür aber auch taktische Überle-

¹²² Zit. nach Habel (1984), a.a.O., S. 111.

¹²³ Grundlegend für die Analyse der unterschiedlichen Einstellungen der tschechischen politischen Szenerie zur nationalen Frage und deren Veränderungen im Kriegsverlauf ist noch immer die Arbeit von K. Pichlík: *Bez legend. Zahraniční odboj 1914-1918. Zápas o československý program*, Praha 1968, ²1991.

gungen maßgebend gewesen, d.h. um ähnlichen Repressionen zu entgehen, wie sie das bürgerliche Lager seit dem Frühjahr 1915 erfahren mußte, und die Integrität der eigenen Organisationen sicherzustellen. Ernüchtert von den anfänglichen Versuchen, auf der Ebene der 'großen Politik' gestaltend mitwirken zu können, gewannen die Erfolge der Auslandsaktion zunehmend auch Einfluß auf die tschechische Sozialdemokratie, und die Partei konzentrierte sich in der Folgezeit in Kooperation mit den Jungtschechen und den Agrariern auf die politische und organisatorische Zusammenführung der tschechischen Parlamentsvertretungen. Eine deutliche Abkehr vom pro-österreichischen Kurs ist erst ab 1917 festzustellen, nachdem sich die soziale Lage der unteren Bevölkerungsgruppen stetig dramatisierte, die Auslandsaktion sich mit ihrer Infragestellung des *Status quo ante bellum* bei den Westalliierten erfolgreich gezeigt hatte und nach dem Erfolg der russischen Februarrevolution der Krieg nicht länger als ein Kampf gegen die Reaktion legitimiert werden konnte. In ihrer eigenständigen Erklärung auf der Stockholmer Konferenz der II. Internationale forderten die tschechischen Sozialdemokraten die Gründung eines tschechoslowakischen Staates und dessen Einbindung in eine Donau-Konföderation. Der aufkommende Dualismus innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie zwischen der autonomistischen Konzeption Karl Renners einerseits und der auf einer radikalen Anwendung des Nationalitätenprinzips beruhenden Anschlußpolitik Otto Bauers andererseits bot den tschechischen Genossen jedoch in keinem Fall erfolgversprechende Perspektiven. Statt einer Revitalisierung erfuhr die österreichische Internationale somit ein jähes Ende. Im September 1917 löste der national orientierte Flügel um G. Habrman, R. Bechyně, Fr. Soukup und Fr. Modráček, die schon viele Jahre zuvor die Betonung ihrer Politik auf die Erfüllung tschechischer nationaler Forderungen und die Erlangung politischer Autonomie gelegt hatten, Šmeral, dem es seinerseits programmatisch nicht gelungen war, seine angestrebte Verbindung von sozialer und nationaler Bewegung in eine Konzeption mit politischer Tragfähigkeit umzusetzen, von der Parteiführung ab und machten umgehend die nationale Eigenstaatlichkeit zum vorrangigen Programmpunkt ihrer Partei. Die dazu erforderliche Kooperation mit den bürgerlichen Parteien wurde als notwendiges politisches Zugeständnis innerparteilich akzeptiert. Eine Grundvoraussetzung hierfür war aber auch die feste Applikation eines reformistischen Politikverständnisses. Diese erfolgte schließlich auf dem XII. Parteitag im Dezember 1918. Die hier festgeschriebenen Grundsätze einer moderaten, auf den Erhalt der staatlichen Unabhängigkeit orientierten Politik hatten im wesentlichen für den gesamten Zeitraum bis 1938 Bestand. Der Parteitag bestätigte das Prinzip der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Kräften und erklärte die Demokratie als Königsweg zum Sozialismus. Die ČSD verschrieb sich sozialen Reformen und einer konstruktiven Beteiligung am friedlichen Aufbau eines tschechoslowakischen Staatswesens und seiner Volkswirtschaft¹²⁴.

In der tschechischen öffentlichen Meinung wurde im Oktober 1918 die Eigenstaatlichkeit als die Erfüllung eines lange gehegten Traums empfunden. Selbstbewußt forderten deren politische

¹²⁴ Grundlegend für die Einbettung des sozialdemokratischen Richtungskampfes in die politische Entwicklung des Vielvölkerstaates ist noch immer die Arbeit von Kárník (1968), a.a.O. Eine gute Übersicht im Hinblick auf ein innerparteiliches rechts-links-Schema gibt J. Felak: Social Democratic-Communist Relations in Interwar Czechoslovakia, in: ECE 18 (1991), S. 155-76.

Eliten nicht nur eine führende Rolle ihrer Nation bei der Restrukturierung und Demokratisierung des "Neuen Europa" (Masaryk), sondern auch die Präponderanz tschechischer Interessen bei der Ausgestaltung der inneren Angelegenheiten der ČSR. Diese Ansicht wurde damit legitimiert, daß die Staatsgründung auf die Initiative der Tschechen zurückgehe, sie sich naturrechtlich aus der Kontinuität der böhmischen Kronländer ableite und sie sich gegen den Willen der übrigen Nationen vollzogen habe. Folgerichtig konnte der neue Staat auch nur ein Nationalstaat des 'tschechoslowakischen' Volkes sein, ohne hierbei die politischen, sozialen oder religiös-kulturellen Unterschiede der Tschechen und Slowaken zu thematisieren. Wie der Chronist Harry Klepetař deutlich macht, war aufgrund des Umstandes, daß beide sozialdemokratischen Parteien fest zu ihren nationalen Lagern standen, der nationale Charakter der Revolution von 1918 dominanter als der soziale¹²⁵. Während alle sudetendeutschen Politiker den Anschluß der deutschen Sprachgebiete der böhmischen Länder an ein zu bildendes Großdeutschland vollziehen wollten, machte umgekehrt kein tschechischer Politiker in der Umbruchphase einen Hehl daraus, daß er in der ČSR eine Revision der nationalen Machtverhältnisse zu verwirklichen suchte. Symptomatisch kann hierfür die heftig umstrittene parlamentarische Antrittsbotschaft Masaryks vom 21.12.1918 gesehen werden, in der er sich auch über die zukünftige Rolle der Deutschen im neuen Staat äußerte¹²⁶. Diese spezifische nationale Ideologisierung der Staatsgründung mit Ansprüchen nationaler Mission und nationaler Entfaltung barg viele Gefahrenmomente in sich, vom Integrationshindernis bis zum Ausschluß breiter andersnationaler Bevölkerungsgruppen. Sie zeigte aber ferner, daß die Behandlung der nationalen Frage auch weiterhin den Denkmustern des Nationalitätenkampfes verhaftet blieb und von beiden Seiten als nationale Machtfrage gesehen wurde, obgleich diese im diversifizierten Interessensystem der ČSR nicht einseitig durchgesetzt werden konnte¹²⁷. Denn nachdem sich der tschechische Standpunkt auf der Pariser Friedenskonferenz mit französischer Unterstützung durchsetzen konnte¹²⁸, übernahm die ČSR die komplexe deutsche Frage in ihren staatlichen Bezugsrahmen. Diese sollte sich in der Folgezeit als das am schwersten zu lösende Problem und als die größte Bedrohung

¹²⁵ Vgl. Klepetař (1937), a.a.O., S. 36.

¹²⁶ "Was die Deutschen Böhmens betrifft, so ist unser Programm seit langem bekannt. Die von den Deutschen bewohnten böhmischen Gebietsteile sind und bleiben unser. Wir haben diesen Staat gegründet, wir haben ihn erhalten und verteidigt, und wir sind es auch, die ihn jetzt aufs neue errichten. Ich hoffe, daß die Deutschen sich entschließen werden, mit uns zusammenzuarbeiten. Das wäre eine bessere Politik als die zweifelhaften Versuche, die jetzt einige von ihnen unternehmen ... Ich wiederhole: wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die ursprünglich als Immigranten und Kolonisten hierher gekommen sind, ist damit ein für alle Mal festgelegt. Wir haben ein gutes Recht auf die Reichtümer unseres gesamten Landes ..." Zit. nach Habel (1984), a.a.O., S. 61 f. Kramář hatte am Tag zuvor in der Revolutionären Nationalversammlung erklärt, daß die Deutschen in der demokratischen ČSR gleichberechtigte Bürger sein werden, sie jedoch keine eigenen Verwaltungsbezirke bekommen sollten. "Dieser Staat", so Kramář, "wird ein tschechischer und nur ein tschechischer sein." Zit. nach v. Gebssattel an Reichskanzler, v. 21.12.1918, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I, a.a.O., S. 124 f.

¹²⁷ Vgl. Jar. Kučera: Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938, München 1999, S. 4 f.

¹²⁸ Zur tschechischen Delegation auf der Friedenskonferenz gehörte auch der Sozialdemokrat Rudolf Tayerle, der als Generalsekretär des Arbeitersyndikats den Gewerkschaftsflügel in der Partei repräsentierte und als Mitglied des Parteivorstands bis 1938 die Sozialpolitik der ČSD maßgeblich mitbestimmte.

ihrer Existenz erweisen. Nach den Ergebnissen der Volkszählungen von 1921 und 1930 verteilte sich die nationale Zugehörigkeit in den böhmischen Ländern wie folgt¹²⁹:

	absolut (in taus)		in %	
	1921	1930	1921	1930
tschechoslowakisch	6.775	7.349	67,71	69,02
deutsch	3.061	3.150	30,60	29,58
polnisch	104	93	1,03	0,87
jüdisch	36	37	0,37	0,35
sonstige	30	46	0,80	0,67

Die Probleme, die mit der multinationalen Zusammensetzung der ČSR verbunden waren, werden von bestimmten Teilen der Geschichtsforschung - besonders in der Bundesrepublik, aber auch in den USA - bis heute unter der Frage einer 'politischen Fehlkonstruktion' diskutiert. Demgegenüber erachtet es der Verfasser dieser Arbeit als weitaus fruchtbarer, sich mit der Nationalitätenproblematik unter der Fragestellung des Erfolgs resp. Mißerfolgs bei der aktiven Wahrnehmung von Verständigungsmöglichkeiten in der inneren Ausgestaltung der ČSR auseinanderzusetzen. Für diese Vorgehensweise spricht zum einen die Einsicht, daß sich die Vertreter der tschechische Nationalbewegung 1917/1918 mit ihrer Forderung nach Eigenstaatlichkeit auf dem politischen *Mainstream* ihrer Zeit befanden, der den Nationalstaat als Axiom für die Staatsorganisation betrachtete. In einer Zeit, in der die Idee der Nation nicht länger nur mit kulturellen und ethnographischen Aspekten verknüpft war, sondern überall in Europa die Tendenz beinhaltete, traditionelle Siedlungsgebiete in Nationalstaaten umzuwandeln, bildete der supranationale Staat keine tragfähige Alternative mehr. Darüber hinaus muß es äußerst fraglich erscheinen, ob die nationalen Minderheiten, die ihrerseits die Zugehörigkeit zu großen nationalstaatlichen Gebilden anstrebten, eine supranationale Variante akzeptiert hätten. Zum anderen gab es mit der Niederlage der Mittelmächte realpolitisch keine andere Lösungsalternative als die Gründung einer eigenständigen ČSR. Denn weder die Aufrechterhaltung des *Status quo* noch eine großdeutsche Lösung wäre unter Einbeziehung der Randgebiete der böhmischen Länder für die Tschechen und die Siegermächte eine annehmbare Option gewesen.

Die nicht zu übersehende Betonung des nationalen Prinzips bei der Ausgestaltung des neuen Staatswesens läßt sich neben der allgemein vorherrschenden nationalen Euphorie durch weitere Faktoren erklären. Die junge ČSR verfügte zum Zeitpunkt ihrer Gründung weder über eine Tradition moderner Eigenstaatlichkeit noch über politische und Wirtschaftseliten, die in der Vergangenheit die nun erforderlichen politischen Erfahrungen und Fähigkeiten hätten sammeln können. Statt dessen sollte sich das Land bis zur endgültigen Unterzeichnung der Friedensverträge noch über ein halbes Jahr in der Situation einer ungesicherten territorialen Integrität befinden.

¹²⁹ Im gesamten Staatsgebiet betrug der Anteil der 'Tschechoslowaken' 64,79% (1921) resp. 66,24% (1930), der Deutschen 23,63% resp. 22,53%. Vgl. dazu die Zahlen bei V. Kural: *Lidský potenciál sudetských Němců a vznik Československa*, in: SISb 89 (1991), 94-109, S. 102. Die von sudetendeutscher Seite häufig bezweifelte Authentizität der Volkszählungsergebnisse wird in dieser Studie bestätigt. Auch eine regionale Untersuchung über die Problematik der Datenerhebung bei der Volkszählung von 1930 kommt zu dem Schluß, daß die statistischen Angaben zur Nationalitätenstruktur im Ostrauer Gebiet den tatsächlichen Verhältnissen exakt entsprechen. Vgl. J. Steiner: *Národnost při sčítání lidu v roce 1930 a její zjišťování na ostravsku*, in: SISb 85 (1987), S. 113-31.

den, die zudem durch direkte und latente Grenzkonflikte mit praktisch allen Nachbarstaaten bei faktischer Nichtexistenz eigener Streitkräfte und der vehementen Forderung der Minderheitenvertreter nach Anwendung des Selbstbestimmungsrechts mit dem Ziel, einen Anschluß an Deutschland, Österreich oder Ungarn zu erwirken, maßgeblich verschärft wurden. Um diesen existentiellen Herausforderungen begegnen zu können und einem Herübergleiten größerer Bevölkerungsteile in den Einflußbereich sozial-revolutionärer Bewegungen entgegenzuwirken, setzten tschechische Politiker 1918/1919 mit ihrer Rhetorik über die Notwendigkeit einer Einheit der Nation verstärkt auf die integrative Wirkung des Nationalismus, der dann im Gegenzug auch zum sicherlich nicht beabsichtigten Auslöser spontaner Gewaltaktionen wurde. Der Gedanke einer Staatsnation der 'Tschechoslowaken' wurde jedoch in erster Linie entwickelt, um im neuen demokratischen System überhaupt eine Möglichkeit zur Mehrheitsbildung zu bekommen¹³⁰. Zudem hätte ein Kompromißkonzept, in dem das Recht auf nationale Selbstbestimmung z.B. in Form eines nationalen Grundlagenvertrages zur Anwendung gekommen wäre, leicht die Gefahr mit sich bringen können, daß die ČSR unmittelbar nach ihrer Gründung in der Auseinandersetzung über diese Frage zerfallen wäre. Es bleibt also festzuhalten, daß der tschechische Alleingang bei der ethnischen Definition und der nationalpolitischen Ausgestaltung des neuen Staates nicht von dem Willen zur Ausschaltung der nationalen Minderheiten geleitet war, sondern die Folge einer allgemeinen Unsicherheit und der Verweigerungshaltung der Minderheitenvertreter war. Ebenso offensichtlich ist aber auch, daß über die Mitglieder des Staatsvolkes hinaus von dieser Praxis keine identifikationsstiftende und integrative Wirkung ausgehen konnte.

Die Ausgestaltung des neuen Staates wurde zweifelsfrei an den nationalen Interessen der Tschechen ausgerichtet. Doch selbst die radikalsten Vertreter des tschechischen Nationalismus - wie Kramář - hielten in ihrer Einstellung gegenüber den Minderheiten klare Grenzen ein und versuchten im Gegenteil, insbesondere die Deutschen für den neuen Staat zu gewinnen. Sie verhinderten, daß der Ausbau der tschechischen Position einen allzu aggressiven Charakter annähme oder den Nachbarn gefährlich erscheinen könne. Kramářs diesbzgl. Haltung entsprang der Annahme, daß die Deutschen nur durch eine Festigung der tschechischen Position im neuen Staat von den veränderten Verhältnissen überzeugt werden könnten. Darunter verstand er eine tschechische Staatssprache und eine größtmögliche Stärkung des tschechischen Elements in der Staatsverwaltung. Hätten die Deutschen den festen tschechischen Staat erst einmal akzeptiert, würden sie schon zufrieden darin leben können¹³¹. Auch wird die Authentizität des Vorwurfs, der einflußreiche Nationaldemokrat und politische Weggefährte Kramářs, A. Rašín, habe Anfang November 1918 eine Abordnung der selbsternannten Regierung Deutschböhmens in Ablehnung an General Windischgrätz mit der Äußerung "mit Rebellen verhandeln wir nicht" empfangen, von Zeitgenossen und in der Geschichtsforschung überwiegend bezweifelt. Vielmehr wird die Meinung vertreten, dieses Zitat sei von Seliger aus politischen Gründen in die Öffentlichkeit lanciert worden, da es sowohl dem Gesprächsverlauf als auch dem nationalpolitischen

¹³⁰ Vgl. zu dieser These Kural (1993), a.a.O., S. 26.

¹³¹ Vgl. ebd., S. 20 f.

Stimmungsrahmen widersprochen habe¹³². Nicht ganz so eindeutig in der Frage der Integration der Deutschen war jedoch die Haltung bei der radikal-nationalistischen Stříbrný-Fraktion bei den Nationalen Sozialisten sowie einige Jahre später bei den verschiedenen faschistischen Gruppierungen, mit denen Nationaldemokraten und Agrarier dann partiell zusammenarbeiteten.

Dieser Position standen die nationalpolitisch toleranteren Vorstellungen Masaryks gegenüber. Seine Auffassung vom nationalen Charakter der ČSR entsprach seinem eigenen Bekenntnis zur tschechischen Nation, das, wie *Schmidt-Hartmann* deutlich macht, mit der Staatsgründung eine wissenschaftlich begründete und den höchsten humanistischen Idealen untergeordnete Politik betreiben sollte. Diese Autorin sieht allerdings keine Hinweise dafür, daß Masaryk die Deutschen unterdrücken wollte. "Er war nur nicht bereit, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht bis zur Abtrennung der deutsch besiedelten Gebiete zu gewähren. Weder Idealismus noch machtpolitisch ausgerichteter Nationalismus reichen zur Erklärung seiner Haltung aus. Ein autoritatives Streben, die Menschen auf den Weg zu ihrem, oft von ihnen selbst verkantten, Wohl zu führen, bietet sich hier als die einzige plausible Erklärung an."¹³³ Resümierend läßt sich feststellen, daß Masaryk eine Politik verfolgte, die die Deutschen erst einmal in den neuen Staat zwingen wollte, um sie nachher mit versöhnlichen Gesten davon zu überzeugen, daß dies zu ihrem Besten geschehen sei¹³⁴. An diesen Angeboten zur Mitgestaltung der deutschen Minderheit beim Staatsaufbau und selbst zum Regierungseintritt hat es nach seiner Ankunft in Prag nicht gemangelt, und das oftmals strapazierte Zitat von den "Kolonisten und Immigranten" spiegelt sicherlich nicht Masaryks Geisteshaltung wider, sondern diente, aus dem Zusammenhang gerissen, dazu, die ablehnende Haltung der deutschen Repräsentanten gegenüber der ČSR zu begründen¹³⁵.

Diese nationalpolitische Konzeption wurde von Teilen der tschechischen Agrarpartei um deren Vorsitzenden A. Švehla geteilt. Ihren größten politischen Rückhalt fand sie allerdings in der ČSD. Deren national orientierte Parteispitze beteiligte sich im Sinne der *státotvornost* zwar aktiv am Ausbau der tschechischen Position im Staat, suchte sich aber gleichzeitig von den nationalistischen Positionen innerhalb der allnationalen Koalition zu distanzieren. Dahinter verbarg sich die leise Hoffnung, auf diese Weise die DSAP zu einer Abkehr von ihren überzogenen und für die Tschechen nicht annehmbaren nationalpolitischen Forderungen und zum Regierungseintritt zu bewegen. Rhetorisch setzte die Parteiführung dabei auf das Instrument einer nationalen Gleichberechtigung der Deutschen als politische Grundlage und appellierte dann an deren Ei-

¹³² Vgl. Jar. Valenta: Legenda o "rebelech, s nimiž se nevyjednává", in: MD 2 (1994), S. 197-214. Diese These vertrat auch der reichsdeutsche Gesandte in Prag aufgrund seiner persönlichen Gespräche und Beobachtungen. Vgl. v. Gebssattel an Reichskanzler Prinz Max von Baden v. 12.11.1918, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I, a.a.O., S. 72-74.

¹³³ E. Schmidt-Hartmann: Thomas G. Masaryk. Zur Problematik seiner Philosophie, in: Deutsche Ostkunde 31 (1985), S. 55-65, S. 64.

¹³⁴ Unterstützung erfährt diese These auch durch verschiedene Aufzeichnungen und Berichte reichsdeutscher Gesandter. Vgl. Aufzeichnungen über Gespräche Masaryks mit Geheimrat Wolf und Prof. Saenger v. 28.2.1919 und Saenger an AA v. 25.9.1919, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 149-59 und S. 197-99.

¹³⁵ Vgl. zu diesem Problemkomplex auch Klepetař (1937), a.a.O., S. 96. Der sozialdemokratische Politiker Koudelka urteilte noch 1934, daß der Ausspruch Masaryks der Form nach zwar hart, aber den damaligen politischen Umständen angemessen war. Vgl. Jar. Koudelka: Mír Čechů s Němci, Praha 1934, S. 18 ff.

genverantwortung¹³⁶. Nachdem infolge der veränderten politischen Kräfteverhältnisse nach den Kommunalwahlen vom Juni 1919, die die beiden sozialdemokratischen Parteien deutlich für sich entscheiden konnten, die Regierung umgebildet wurde, ergriff der neue Ministerpräsident Vl. Tusar verstärkt, aber erfolglos Initiativen, deutsche Vertreter in die Regierung und in die Revolutionäre Nationalversammlung zu holen. Wie *Kučera* deutlich macht, entsprang dieses Vorgehen jedoch vor allem der Sorge um den Staatserhalt und nicht einer ausgearbeiteten Konzeption in der Nationalitäten- und Sprachenfrage, die sie weder jetzt noch zu einem späteren Zeitpunkt besaß¹³⁷.

Die ČSR konstituierte sich im Ergebnis der Auseinandersetzungen dieser beiden Lager im tschechischen politischen Spektrum als zentralistischer Einheitsstaat. Jegliche Autonomieforderungen der Minderheiten - und damit auch eine Föderalisierung - wurden mit Ausnahme des karpato-ukrainischen Sonderfalls abgelehnt. Der Minderheitenschutz war formal korrekt und bot größeren Schutz als im österreich-ungarischen Vorläuferstaat, aber auch als in den übrigen Nachfolgestaaten¹³⁸. Die Nationalitätenpolitik der ČSR verfolgte zwei Ziele: Zum einen erhielten alle Bürger unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit oder ihrem religiösen Bekenntnis die gleichen politischen, Freiheits- und Bürgerrechte. Der freie Zugang zum Staatsdienst, zu allen Berufen, zur muttersprachlichen Schulausbildung und zur Religionsausübung wurden in der Verfassung garantiert. Dies galt ebenso für den freien Gebrauch der Muttersprache im privaten und öffentlichen Leben und die Garantie der politischen Vertretung. Demgegenüber wurde die gewaltsame Assimilierung der Minderheiten ausdrücklich untersagt. Zum anderen setzte die Nationalitätenpolitik auf das Verhältniswahlrecht, das den Minderheiten den Zugang zu den gesetzgebenden Körperschaften sichern sollte. Eine Schwäche der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption wird jedoch darin gesehen, daß der Begriff der Nationalität nicht weiter definiert wurde. Das Nationalitätenrecht stellte kein Gruppenrecht dar, sondern wurde auf das individuelle Bürgerrecht reduziert. Insbesondere die zahlenmäßig starke deutsche Minderheit bekam nicht den erwünschten rechtlichen Status einer Nation oder eines 'zweiten Staatsvolks', und auch von anfänglich diskutierten Möglichkeiten, Prag zweisprachig zu verwalten oder dauerhaft einen deutschen Landsmannminister einzusetzen, wurde aufgrund der unversöhnlichen Haltung der Deutschen schnell Abstand genommen. Somit bestand für die Minderheiten keine Möglich-

¹³⁶ So hieß es in einem Leitkommentar zum Pariser Friedensvertrag: "Es liegt einerseits an den Deutschen selbst, wie sie ihre Stellung im Staat aufbauen, andererseits ist es die Pflicht der tschechischen Politik, der Regierung und der Parteien, daß sie den Deutschen in Böhmen den Weg zur Aktivität erleichtern. Heute, wo wir die Grenzen haben, dürfen wir auf die Deutschen in der Republik nicht wie auf Feinde und Besiegte, sondern wie auf Mitbürger mit gleichem Recht und mit gleichen Interessen schauen." *Právo lidu* v. 11.5.1919. Zit. nach Kracik (1999), a.a.O., S. 49. Ministerpräsident Tusar sagte 1920: "Der Gedanke der Gewalt war unserer Nation immer fremd. Wir werden uns an den demokratischen Grundsatz halten, der Gleichheit vor dem Gesetz für alle Staatsbürger bedeutet. Durch unsere Wahlordnung haben wir bereits bewiesen, daß in der CSR jeder Bürger ungeachtet seiner Muttersprache zu seinem Recht kommen kann. In diesem Geist werden wir weitermachen." Zit. nach Koudełka (1934), a.a.O., S. 18.

¹³⁷ Vgl. *Kučera* (1999), a.a.O., S. 45 und 53.

¹³⁸ In einer komparatistischen Untersuchung kommt Jaworski zu dem Schluß, daß sich die deutschsprachige Minderheit in der ČSR um die politische Beteiligung am Staat bemühen konnte, sie sich in Polen jedoch lediglich auf die Existenzsicherung konzentrieren mußte. Vgl. R. Jaworski: Die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei während der Zwischenkriegszeit, in: *ÖOH* 33 (1991), S. 251-68.

keit, sich gegen eine Majorisierung der Staatsnation in allen Belangen zu wehren, welche die Minderheitenfrage betrafen. Diese Umstände beförderten die Tendenz, daß die nicht-tschechoslowakischen Nationalitätengruppen ihren nationalen Bezugspunkt außerhalb der ČSR suchten. Daneben existierte durch die Benennung des 'tschechoslowakischen Staatsvolks' in der Verfassung ein gewisser Vorrang für dieses, den *Kural* darin sieht, daß der Staat zum Wohl des Staatsvolks tätig wurde oder Verbrechen gegen dieses verfolgte¹³⁹.

Dieser Vorrang manifestierte sich evident im 1920 als Zusatz zur Verfassung verabschiedeten Sprachengesetz, in dem sich die nationalistischen Politiker mit der Konzeption Kramářs gegenüber dem defensiveren Formulierungsvorschlag Masaryks durchsetzen konnten. Hierin wurde die nicht weiter spezifizierte 'tschechoslowakische Sprache' zur "offiziellen Staatssprache" erklärt (*státní, oficiální řeč*)¹⁴⁰. Damit wurde auch von der noch während der Friedenskonferenz diskutierten Möglichkeit abgesehen, das Deutsche zur zweiten Staatssprache zu erheben. Vielmehr wurde der Gebrauch anderer Sprachen in bestimmten, mit einer 20%-Klausel klar umrissenen Ausnahmen gewährt. Auch wenn 1938 gut 90% der Deutschen in der ČSR mit den Behörden in ihrer Muttersprache kommunizieren konnten¹⁴¹, förderte diese Herabsetzung der deutschen Sprache das Gefühl der Benachteiligung gegenüber den Tschechen. Aber auch wegen seiner allzu großen Komplexität wird das Sprachenrecht von Historikern als das schwächste Element im tschechoslowakischen Nationalitätenrecht gewertet, da es die Kommunikation erschwerte und der Integration der Minderheiten nicht diente¹⁴². Entscheidend war aber sicherlich die psychologische Wirkung der ethnischen Definition des neuen Staates durch den Verfassungsinhalt, der mehr als ein Drittel der Staatsangehörigen *qua definitionem* von der Zugehörigkeit zum Staatsvolk ausschloß und somit eine Identifikation mit dem neuen Gemeinwesen faktisch unmöglich machte.

Diese spezifische Lösung der Sprachenfrage korrespondierte allerdings mit dem zentralistischen Staatsaufbau, auf dessen Grundlage sich die ČSR konstituierte. Durch die Ausrichtung der gesamten Verwaltungsstruktur auf die größtmögliche Einflußnahme durch die tschechisch dominierten Prager Zentralbehörden wurden erfolgreich die Handlungsspielräume der zentrifugalen und irredentistischen Kräfte im Land eingeschränkt, andererseits aber auch den Slowaken und den nationalen Minderheiten sämtliche Möglichkeiten zu einer Majorisierung auf irgendeiner politischen Ebene entzogen. Dies geschah vor allem durch die halbherzige Anwendung des von der ČSD gegen den Willen der tschechischen Nationaldemokraten und der Volkspartei initiierten und 1920 mit der Verfassung verabschiedeten Gaugesetzes, mit dem die 'Doppelgleichheit' der Verwaltung der vormals österreichischen Kronländer und die unterschiedliche Ver-

¹³⁹ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 34.

¹⁴⁰ Die ČSD nahm in dieser Auseinandersetzung einen rein pragmatischen Standpunkt ein. Die Sprachenfrage spielte für sie in der Verfassungsarbeit eine der Regelung des Verwaltungsaufbaus untergeordnete Rolle. Dazu schrieb das *Právo lidu* am 27.2.1920: "Für uns ist die Sprachenfrage überhaupt keine Sache nationaler Politik ... In der Sprachenregelung sehen wir nur eine zweckgerichtete Verwaltungsregelung, die sich den Bedürfnissen der Bürger annähert ... Was unsere Chauvinisten wollen, ist lediglich tschechisches Preußentum." Zit. nach M. Kocíh: K problematice jazykového práva v buržoazní ČSR, in: *SISb* 71 (1973), 241-56, S. 247.

¹⁴¹ Diese Angabe macht J.W. Brügel: *Tschechen und Deutsche 1918-1938*, München 1967, S. 529.

¹⁴² Vgl. Kural (1991), a.a.O., S. 44.

waltungsorganisation in allen Landesteilen beseitigt werden sollte¹⁴³. Es war festgelegt worden, die böhmischen Länder und die Slowakei in 21 Gaue und diese wiederum in Bezirke einzuteilen, die als mittlere Verwaltungsbehörden unmittelbar den Prager Ministerien zu unterstellen waren. Durch diese Verkleinerung der Verwaltungseinheiten und die Zusammenlegung verschiedener Behördentypen in der Gauverwaltung sollte eine Effizienzsteigerung und damit eine Modernisierung der Administration erzielt werden. Diese Strukturreform trat ab dem 1.1.1923 jedoch nur für die Slowakei in Kraft, wodurch den slowakischen Forderungen nach mehr Autonomie durch eine Zersplitterung ihrer politischen Verwaltung und eine deutlichere Einflußnahme aus Prag begegnet wurde. In den westlichen Landesteilen, wo die deutschsprachige Minderheit in den beiden Gauen Karlovy Vary (Karlsbad) und Česká Lípa (Böhm. Leipa) klar die Bevölkerungsmehrheit gestellt hätte, wurde die Durchführung des Gaugesetzes bis 1927 verzögert, als mit der Landesverfassung eine Neuordnung der politischen Verwaltung erfolgte¹⁴⁴. Auch die aus der Donaumonarchie übernommenen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften erfuhren im neuen Staat schrittweise eine drastische Einschränkung ihrer politischen und finanziellen Handlungsspielräume, und ihre Kompetenzen wurden teilweise vollständig von der staatlichen Auftragsverwaltung übernommen. Diese Beschneidung betraf auch gewählte Organe, die nunmehr gänzlich durch Staatsbeamte ersetzt oder in die zum Teil Staatsvertreter berufen wurden¹⁴⁵. Mit diesen Maßnahmen übertraf die ČSR bei weitem den Wiener Zentralismus, den die tschechischen Repräsentanten zuvor so emphatisch bekämpft hatten. Aus der Erfahrung dieser verwaltungspolitischen Praxis entstand das Schlagwort vom 'Pragozentrismus'.

Nach den ersten Parlamentswahlen vom 18.4.1920, bei denen das sozialistische Lager knapp 47% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, ergab sich nun für die Sozialdemokraten die reale Möglichkeit, ihre sozialpolitischen Ziele durchzusetzen und auch zu einer Verbesserung im tschechisch-deutschen Verhältnis zu gelangen. Der in seinem Amt als Ministerpräsident bestätigte Tusar zeigte sich zuversichtlich, nun auch deutsche Vertreter - insbesondere der DSAP und des Bundes der Landwirte (BdL) - in die Regierung berufen zu können. Im August 1920 signalisierte er gegenüber dem reichsdeutschen Gesandten in Prag, den er in den geplanten Ausgleichsprozeß zu integrieren beabsichtigte, die Überzeugung, daß nach einem deutschen Regierungseintritt ein nachhaltiger Kurswechsel bei den so umstrittenen Fragen der Verwaltungs-, Sprachen- und Schulpolitik in Angriff genommen werde¹⁴⁶. Dieses Angebot wurde bis Ende 1920 aufrechterhalten, bevor der national orientierte Kurs der ČSD-Führung nicht mehr aus-

¹⁴³ Die Geschichtsforschung versteht unter dieser 'Doppelgleisigkeit' in der österreichischen Verwaltungsordnung die parallele Existenz von Selbstverwaltungskörperschaften und Organen der Staatsverwaltung auf den unteren und mittleren Verwaltungsebenen (Landesausschüsse vs. Landesbehörden, Bezirksvertretungen vs. Bezirkshauptmannschaften). Vgl. Lipscher (1979), a.a.O., S. 79 und Slapnicka (1975), a.a.O., S. 136. Im Gegensatz dazu basierte die Administration in der Slowakei bis dahin einzig auf dem Selbstverwaltungsprinzip, mit dem die Slowakei in 16 Komitate unterteilt war.

¹⁴⁴ Vgl. zu den administrativen und politischen Fragen der Verwaltungsreform M. Kocích: Úvahy a správní reformě a o zavedení župního zřízení v buržoazním Československu, in: SISb 84 (1986), S. 13-31; Slapnicka (1975), a.a.O., S. 135 f., J. Schreitter-Schwarzenfeld: Die Finanzwirtschaft der Sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938. Gedanken, Erfahrungen, Dokumente, München 1965, S. 28 ff.

¹⁴⁵ Vgl. zu den Problemen kommunaler Selbstverwaltung mit starker Fokussierung auf die deutschsprachigen Siedlungsgebiete Schreitter-Schwarzenfeld (1965), a.a.O. und Slapnicka (1975), a.a.O., S. 129 f.

¹⁴⁶ Vgl. Saenger an AA, v. 17.8.1920, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 307 f.

reichte, der hohen Erwartungshaltung ihrer Parteibasis und Wählerschaft nach sozialen Veränderungen Genüge zu leisten. Nach der Abspaltung des kommunistischen Flügels infolge des Generalstreiks vom Dezember 1920 zerbrach auch die Koalition mit der Agrarpartei und schwächte somit die Position der verständigungsbereiten Kräfte im tschechischen Lager nachhaltig. Obwohl nach der erneuten Regierungsbeteiligung der Nationaldemokraten das bislang bestehende Koalitionsangebot an die deutsche Minderheit nicht aufrechterhalten wurde, werden die Jahre 1920 bis 1925 insgesamt als eine Periode der beiderseitigen Vorbereitung für den Regierungseintritt deutscher Parteien interpretiert¹⁴⁷.

Nachdem infolge des Locarno-Abkommens der außenpolitische Druck von der innenpolitischen Ausgestaltung des tschechisch-deutschen Verhältnisses genommen war, erfolgte 1926 mit dem BdL und der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei (DCV) der erste Eintritt sudetendeutscher Parteien in die Regierung und bot eine gute Ausgangslage, um einen nationalpolitischen Ausgleich zu finden. Obwohl extremistische Positionen, die auf die politische oder gar physische Beseitigung einer Seite abzielten, in der Zeit der sog. 'Herrenkoalition' in der Defensive waren, kam es bis 1929 nicht zu substantiellen Verbesserungen in den beiderseitigen Beziehungen. Beide nationalen Lager waren in dieser Zeit zwar in der Regierung vertreten, lebten aber ansonsten aneinander vorbei und versäumten daher die Gelegenheit, durch eine Neuordnung des Staates, diesen in bezug auf seine komplizierte nationale Zusammensetzung angemessener zu gestalten. Im Gegenteil kam es mit der Verwaltungsreform von 1927 und durch die neue Sprachenregelung für die Vertretungskörperschaften auf Länder- und Kreisebene von 1928 zu eindeutigen Rückschritten. Auch die Frage der Schulautonomie, die 1926 durch Masaryk angestoßen und von der Agrarpartei aufgenommen wurde, blieb unerledigt. Zugeständnisse auf diesem Gebiet hätten bewirken können, daß der Unzufriedenheit der deutschen Minderheit entgegenge wirkt worden wäre. Die möglichen Gefahrenmomente einer Schulautonomie oder zumindest einer Demokratisierung der Schulverwaltung wären in der Situation der positiven Konjunktur-entwicklung der späten zwanziger Jahre und der Unterstützung eines solchen Projektes durch die 'Burg-Gruppe' und die oppositionellen Sozialdemokraten sicherlich geringer gewesen als das potentielle Gefahrenmoment, das sich aus dessen Unterlassen ergab. Hierdurch wären keinesfalls alle Probleme der Deutschen gelöst worden, aber es hätte ein Ausgleichsprozeß begonnen und dadurch den negativistischen Kräften die Argumente genommen werden können. Der Hauptgrund, daß die Regierung diesen kleinen Zeitkorridor ungenutzt verstreichen ließ, lag nicht daran, daß es in der tschechischen Gesellschaft kein Problembewußtsein für die Dringlichkeit

¹⁴⁷ Vgl. hierzu Kural (1993), a.a.O., S. 42. Während sich die politischen Parteien auf tschechischer und deutscher Seite hierbei sehr schwer taten, gelang den Wirtschaftsverbänden die Annäherung deutlich schneller. So schlossen sich im März 1921 der tschechische und der deutsche Industrieverband, der beklagte, seinerseits keine ausreichenden Einflußmöglichkeiten auf die Wirtschaftspolitik zu besitzen, unter einer Dachorganisation zusammen. Kural bezeichnet diesen Schritt treffend als die "wirtschaftlichen Grundlagen des Aktivismus" (S. 47). Da die Gewerkschaft enger als die Arbeitgeberverbände mit den jeweiligen Parteien verbunden waren, gelang bis 1938 keine Verbandszusammenlegung, ja nicht einmal eine partielle Zusammenarbeit einzelner Gewerkschaften.

der nationalen Frage gab¹⁴⁸, sondern es fehlte den bürgerlichen Parteien an der objektiven Wahrnehmung des politischen Augenblicks. Sie entwickelten daher keine Konzeptionen, um alternative nationalpolitische Strategien zu beschreiten, bevor die einsetzende Wirtschaftskrise und die außenpolitische Konstellation nach der Machtergreifung Hitlers umfangreiche Reformprojekte, die u.U. auch eine Verfassungsreform beinhalten mußten, unmöglich machten.

In den Diskussionen der tschechischen Sozialdemokraten wurde in den dreißiger Jahren das Ausbleiben nationalpolitischer Reformen während der 'Herrenkoalition' immer wieder kritisiert. J. Fischer u.a. sahen 1937 ein entscheidendes Problem darin, daß die tschechischen bürgerlichen Eliten damals der Ansicht waren, daß die Minderheitenfrage durch den Regierungseintritt sudetendeutscher Parteien bereits gelöst sei und es nun zu einer Normalisierung kommen werde. Daher wurde es von tschechischer Seite versäumt, beim Regierungseintritt durch nationalpolitische Großzügigkeit ein versöhnliches Zeichen zu setzen, so daß der Aktivismus in seinem eigenen nationalen Lager seine Position hätte festigen können. Dies war nach Ansicht der Autoren ein Problem mit sozialpsychologischer Wirkung und hätte nicht als ein politisches Kompensationsgeschäft betrachtet werden dürfen¹⁴⁹. Auch Jar. Koudelka, der 1934 in einer umfangreichen Schrift die Haltung der ČSD-Führung zur nationalen Frage erläuterte, rechnete es den aktivistischen Parteien hoch an, daß sie ohne nationalpolitische Forderungen in die Regierung eintraten. Hieraus habe sich nach seiner Ansicht für das tschechische Lager die moralische Verpflichtung ergeben, dem Vertrauen des Aktivismus in den tschechischen Verständigungswillen mit eigenem Vertrauen entgegen zu kommen und die Loyalität auch mit nationalpolitischen Reformen zu honorieren. Zugleich wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Handlungsspielräume hierfür bereits nach dem politischen Aufstieg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) ab 1930 deutlich erschwert und nach der Machtergreifung Hitlers na-

¹⁴⁸ 1928 erschien Rádl's Buch, in dem die Unzulänglichkeit der Beziehung der Deutschen zum Staatsvolk kritisiert und dies auf die ursprüngliche Auffassung vom Nationalstaat zurückgeführt wurde. Dieser negative Zustand könne nur durch einen Staatsvertrag verbessert werden. Vgl. E. Rádl: *Válka Čechu s Němci*, Praha²1993.

¹⁴⁹ "Damals war schon die These vom 'zweiten Staatsvolk' am Platz. Es hätte zu sehen sein sollen, daß sich wirklich etwas ändert, daß der Begriff 'Minderheit' nur ein quantitativer Begriff ohne rechtliche Unterschiede zwischen den Bürgern verschiedener Nationalität ist. Damals war die gegebene Zeit zur Überwindung einer der hauptsächlichsten psychologischen Widerstände des Aktivismus auf beiden Seiten, d.h. dessen, was man wechselseitiges Nichtanerkennen als Endpunkt nennen könnte. Denn auf deutscher Seite stützte sich der Negativismus auf die mehr oder weniger bewußte Vorstellung, daß die Republik ein vorübergehendes Gebilde ist, so daß es keinen Sinn mache, sich irgendwelcher nationaler Ansprüche nur deshalb zu ergeben, weil sie sich mit der Staatlichkeit nicht in Einklang bringen lasse. Auf tschechischer Seite ist die Grundlage des Negativismus die Nichtbereitschaft, sich mit der Vorstellung abzufinden, daß eine energischere Regierung diesem Zustand abhelfen könnte. Diese Voraussetzung eines Provisoriums vernichtet grundsätzlich jede Verständigung; jeder Aktivismus, soweit er wirklich eine neue Ära im Zusammenleben der Völker beginnen wollte, mußte seine Hauptanstrengung auf die Überwindung desselben richten. Es wäre eine zähe Arbeit zum gegenseitigen Kennen- und Schätzenlernen notwendig, eine Arbeit, die in die breiten Massen eindringt, besonders dort, wo gegenseitige Unkenntnis herrscht. Aber dazu war nicht genug staatsmännisches Verständnis, vielleicht nicht einmal genug gegenseitiges Vertrauen vorhanden; vielleicht wollte sich keine der beiden Seiten der Reserven des 'Radikalismus' für den Fall eines Mißerfolgs entledigen. Die Sache war ganz einfach ohne die notwendige Vertiefung als eine bloße Änderung der Konstellation der Parteien im Rahmen der bisherigen politisch-geschäftlichen Gepflogenheiten durchgeführt worden." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 12 f. Vgl. auch J. Fischer: *K aktivnímu národnímu dorozumění*, in: *Dělnická osvěta* 23 (1937), S. 41-45.

hezu unmöglich gemacht wurden, da die alldutsche Ideologie nunmehr auch bei den Sudetendeutschen wieder Auftrieb erhalten habe¹⁵⁰.

Auch wenn bei der ČSD die Einsicht in die Notwendigkeit der gleichberechtigten Mitwirkung aller nationalen Minderheiten am Staat und großzügige Konzessionsbereitschaft vorhanden war, konnte dieses Bekenntnis jedoch nicht ein nationalpolitisches Programm ersetzen, das entsprechende Ziele definierte und Schritte zu deren Umsetzung vorgab. Ein derartiges Programm war jedoch nicht vorhanden. Im Parteiprogramm von 1930 war ein Passus aufgenommen worden, der die Partei anwies, die Minderheitenverhältnisse auf dem Gesetzeswege derart zu verbessern, daß nationale Unterdrückung verhindert und kulturelle Entfaltung sichergestellt würden. Konkret benannte das Programm die Durchsetzung des Prinzips der Kulturautonomie und deren Ausgestaltung durch gewählte Körperschaften¹⁵¹. In Verbindung mit der Initiative zur Schulautonomie Dérers vom Dezember 1932 zeigt sich, daß die ČSD mit ihrer Nationalitätenpolitik nur auf sekundären Feldern zu operieren suchte. In den zentralen Forderungen der Sudetendeutschen wie der Reform der Sprachenfrage oder der Föderalisierung durch Verwaltungsautonomie war sie ganz offensichtlich nicht bereit, über ihren Schatten zu springen. Erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zeichnete sich in den Diskussionen einzelner Intellektueller die Einsicht ab, daß die Nationalstaatskonzeption der ČSR in einen Nationalitätenstaat verändert werden müsse. Von der Parteiführung wurden derartige weitreichende Konzepte entweder nicht vertreten oder sie blieben ohne Initiativen zur politischen Umsetzung¹⁵².

Auch die Forderungen Koudelkas waren eher affirmative Bekenntnisse und die Erneuerung alter Standpunkte nationaler Stärke als programmatische Handlungsanweisungen für das Erreichen nationalpolitischer Fortschritte. So machte er deutlich, daß "unsere deutschen Bürger im Rahmen unseres Staates und damit in Verhältnissen leben, die vor allem wir bestimmen. Daher haben auch wir die Verantwortung für die Dinge, die in unserem deutschen Gebiet und in unseren deutschen Gemeinden geschehen. Auch wir müssen etwas unternehmen und können nicht alles den Belangen und Kräften unserer deutschen Politik überlassen."¹⁵³ Hieran schloß sich die Überzeugung, daß keine Minderheit die Staatsordnung bedrohen dürfe. Um dies sicherzustellen, bedürfe es auch repressiver Maßnahmen durch die Staatsgewalt. Parallel hierzu müßten die aktivistischen Parteien in der Regierung gehalten werden, damit es in der Opposition nicht zu einer nationalen Front gegen den Staat komme. Dies könne jedoch nicht über den Weg schneller Zugeständnisse zu nationalpolitischen Forderungen der Minderheitenvertreter gelangen, sondern die Staatsverwaltung müsse zuerst denen helfen, die überzeugt für den Erhalt der ČSR und ihrer demokratischen Staatsordnung eintraten. Darüber hinaus sei ein nationaler Dialog wichtig. Hierzu bedürfe es auch eines deutschen Senders in der ČSR, denn "das tschechisch-deutsche Verhältnis ist vor allem eine Frage des Vertrauens. Wir müssen sehen und glauben, daß unsere Deutschen uns nicht unseren Staat nehmen und beschädigen wollen, und die Deutschen müssen

¹⁵⁰ Vgl. Koudelka (1934), a.a.O., S. 58 f.

¹⁵¹ Vgl. Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 190.

¹⁵² Dies gilt insbesondere für Bechyněs Ausspruch vom "zweiten Staatsvolk" im Dezember 1934.

¹⁵³ Koudelka (1934), a.a.O., S. 74 f.

Vertrauen haben, daß wir sie nicht national beschädigen wollen, daß wir ihnen nicht die Sprache und die nationale Existenz nehmen wollen."¹⁵⁴ Deshalb seien für die Sudetendeutschen auch begrenzte politische Freiräume erforderlich, in denen sie sich majorisieren und ihr Leben frei gestalten können. Aus diesem Grund werde der Schul- und Kulturautonomie eine zentrale Bedeutung zukommen. Eine nationale Autonomie mit territorialer Selbstverwaltung, die die geltende Nationalstaatskonzeption infrage stellt, blieb für Koudelka jedoch ausgeschlossen, da hierdurch die staatliche Integrität und die Autorität der Staatsmacht nicht gewährleistet blieben.

Darüber hinaus wird aus den programmatischen Überlegungen der ČSD-Politiker ersichtlich, daß der "vollständige Umbau unserer Wirtschaftsordnung im Sinne einer organisierten Wirtschaftsdemokratie ... die beste Politik zu nationaler Konsolidierung unseres Staates"¹⁵⁵ wäre. Diese These basierte auf der aus der Faschismusanalyse generierten Ansicht, daß der Faschismus eine Antwort auf die soziale Not und die Gefahr der Proletarisierung der Mittelschichten sei und die sudetendeutsche Frage somit vor allem als soziale Frage betrachtet werden müsse. Diese Überzeugung führte zu der einfachen Gleichung, daß sozialer Frieden und Demokratisierung die radikal-nationalistischen Forderungen der Minderheiten zwangsläufig aushöhlen würden. Folgerichtig engagierte sich die ČSD in der Antikrisenpolitik aus nationalpolitischer Perspektive insbesondere für ein Arbeitsprogramm für die wirtschaftlich hart getroffenen Randgebiete und für einen paritätischen Zugang der Minderheiten zum Staatsdienst. Insgesamt muß aber festgehalten werden, daß die tschechische Linke ebenso wie die 'Burg-Gruppe' über kein einvernehmliches, politisch tragfähiges Konzept für eine Forcierung der Lösung der nationalen Frage in Verbindung mit der sozialen Frage verfügte. Insbesondere die Korrektur der Grundkonzeption der ČSR als Nationalstaat wurde nicht in Angriff genommen, solange hierfür noch die Möglichkeiten zur Reform ohne außenpolitische Einflußnahme bestanden hätten. Auch als ab Mitte der dreißiger Jahre nach dem Wahlerfolg der SdP und der wachsenden Aggressivität des nationalsozialistischen Deutschlands die nationale Frage wieder mehr ins Zentrum des öffentlichen Bewußtseins gelangte, wurden keine Konzepte sichtbar. Als Staatspräsident Beneš im Sommer 1936 die Grenzgebiete bereiste, machte er zwar Ankündigungen, daß der Staat die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Minderheit sicherstellen wollte, er verdeutlichte aber auch, daß sich dies im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung vollziehen lasse. Von Seiten der Regierung gab es bis zu diesem Zeitpunkt keine Anzeichen in dieser Frage in irgendeiner Form initiativ zu werden. Dies änderte sich erst auf den Druck der aktivistischen Parteien Ende 1936. Alle hiernach unternommenen Schritte blieben halbherzig oder wurden durch die Klientelpolitik in der Regierung behindert. Sie reichten nicht aus, die Sudetendeutschen an den Staat zu binden. Dies lag vor allem daran, daß es der Regierung neben den unterbliebenen nationalpolitischen Fortschritten nicht gelang, die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit im deutschsprachigen Gebiet abzubauen.

¹⁵⁴ Ebd., S. 79.

¹⁵⁵ Ebd., S. 88.

3.2 Die Entwicklung der Haltung der DSAP zur sudetendeutschen Frage und zum tschechoslowakischen Staat

Für die DSAP gestaltete sich die Notwendigkeit, politisch und ideologisch zu einem in sich stimmigen und ausgewogenen Verhältnis zwischen den Bezugspunkten 'Klasse', 'Nation' und 'Staat' zu gelangen, weitaus schwieriger als bei den tschechischen Sozialisten, da die ethnische Definition des Nationalstaates - anders als für die ČSD - eine vorbehaltlose Identifikation mit der ČSR von vornherein ausschloß. Als Vertreterin einer nationalen Minderheit war die DSAP erstmals gezwungen, eine nationale Identität zu entwickeln und diese in Einklang mit ihrer internationalistischen Grundhaltung, ihrer klassenkämpferischen Ideologie und ihrer sozialistischen Zielsetzung zu bringen. Weiterhin mußte sie nunmehr auch explizit nationale Interessen vertreten, da die soziale Frage infolge der nationalen Machtverschiebung in vielen Fällen nationale Implikationen hatte resp. dies von der Parteibasis und der Wählerschaft so aufgefaßt wurde. Den Ansatzpunkt zur Lösung dieses Spannungsverhältnisses bildete eine Neubewertung der nationalen Frage durch Relativierung der politischen Funktion des Nationalismus, der bislang ausschließlich als Werkzeug der Bourgeoisie bei der politischen und sozialen Unterdrückung der Arbeiterklasse gewertet worden war. Im Zuge dessen gewannen nationale Identität und nationalpolitische Forderungen für die Partei nachdrücklich an politischer und ideologischer Bedeutung. Nach dem Intermezzo der Umbruchphase von 1918/19 fand sich die DSAP zügig mit dem neuen Staatswesen als machtpolitische Gegebenheit ab. Die Forderung nach kultureller Autonomie rückte in den Fokus ihrer Programmatik, und sie suchte ab Mitte der zwanziger Jahre, über eine politische Annäherung an die ČSD nationalpolitische Fortschritte zu erzielen und die Verwirklichung des Sozialismus anzustreben.

In der zeitgenössischen und geschichtswissenschaftlichen Diskussion wurden das Verhältnis der sudetendeutschen Sozialdemokraten zur nationalen Frage und ihre Einstellung zum tschechoslowakischen Staat, die über eine partielle Anerkennung zu keinem Zeitpunkt hinausgingen, zwiespältig bewertet. Von den tschechischen Sozialdemokraten und den Kommunisten handelten sie sich den Vorwurf ein, ihr Nationalismus stehe in seiner Bedeutung über den sozialistischen Zielen, und auch bis heute wird bei einigen in dieser Frage wenig differenzierenden Arbeiten die DSAP als eine nationalistische Partei bezeichnet¹⁵⁶. Dabei wird jedoch übersehen, daß die politischen Prämissen 'Nation' und 'Sozialismus' unter den verschiedenen Parteiführungen der Zwischenkriegszeit durchaus einen unterschiedlichen Stellenwert für die Formulierung sozialdemokratischer Programmatik einnahmen. Inwieweit völkisches Denken und völkische Ideologie für die Politik der DSAP mitbestimmend war, ist bislang noch nicht eingehend untersucht worden. Im Zusammenhang mit der Formulierung der volkssozialistischen Alternativkonzeption zum völkischen Nationalismus der SHF/SdP ist ein dahin gehender Vorwurf in der zeitgenössi-

¹⁵⁶ Vgl. E. Jauernig: Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968; und Sator (1996), a.a.O., S. 193.

schen Publizistik vereinzelt gegen Wenzel Jaksch und Emil Franzel erhoben worden¹⁵⁷. Dieser wurde nach dem zweiten Weltkrieg offen oder latent in Teilen der Geschichtswissenschaft kolportiert resp. von Biographen und Fachhistorikern weder verifiziert noch ausgeräumt¹⁵⁸. Obwohl die Frage des Volkssozialismus erst in Kap. 5 thematisiert werden soll, sei an dieser Stelle kurz auf die Problematik hingewiesen, daß sozialdemokratische Politiker in der gesamten Zwischenkriegszeit ein ähnliches bis identisches Vokabular wie ihre politischen Gegner vom rechten Rand des Parteispektrums benutzten. Auch in der sudetendeutschen Arbeiterdichtung spielten Begriffe wie 'Volk', 'Heimat' oder 'Boden' stets eine zentrale Rolle. Diese Entwicklung verstärkte sich in den dreißiger Jahren zunehmend¹⁵⁹. Die Frage, ob dieses Vorgehen auf Naivität oder Kalkül beruhte oder nur im Zusammenhang mit dem für die Zeit charakteristischen rhetorischen Pathos zu sehen ist, läßt sich nurmehr schwer beantworten. In jedem Fall birgt es in sich Gefahrenmomente für die wissenschaftliche Bewertung und Interpretation.

Die DSAP-Vorstände bewegten sich bei ihrer Beurteilung der nationalen Problematik in den böhmischen Ländern bis 1938 fest auf dem Boden ihrer austromarxistischen Ideentradition, wie sie in der österreichischen Sozialdemokratie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert entwickelt worden war. Die Austromarxisten sahen aufgrund ihrer spezifischen politischen Erfahrungen im Vielvölkerstaat den Kampf um die friedliche Lösung der nationalen Frage als eine ihrer Hauptaufgaben, da in ihren Augen die Existenz nationaler Gegensätze das größte Hindernis für den reinen Klassenkampf und damit auch für die endgültige Lösung der sozialen Frage darstellte. Auf diese Weise suchten sie die politische Arbeiterbewegung in die multinationale Struktur der Habsburger Monarchie zu integrieren und diese als idealen Kampfboden zu begreifen, auf dem die Lösung der sozialen Frage im Geiste des proletarischen Internationalismus vorangetrieben werden sollte. Dieses für die politischen Verhältnisse im Nationalitätenstaat erarbeitete Konzept bedeutete zur Zeit seiner Entstehung sicherlich eine tragfähige Alternative zum vorherrschenden Nationalitätenkampf im bürgerlichen Lager, wie er sich am deutlichsten in der Krise der neunziger Jahre infolge der Sprachenverordnung Badenis manifestierte, und konnte kurzzeitig eine integrative Wirkung in der politischen Arbeiterbewegung Österreichs erreichen. Aber schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs fand es unter den Sozialisten der cisleithanischen Reichshälfte keine ausreichende Unterstützung mehr. Mit der Gründung der ČSR hatte dieses Konzept in jedem Fall seine Praktikabilität verloren, da es sich in seinen theoretischen Grundlagen nicht mehr im Einklang mit den politischen Realitäten im tschechoslowakischen Nationalstaat befand.

¹⁵⁷ Vgl. K. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: *Der Kampf* 3 (1936), S. 408-16; und P. Sering (Ps. f. R. Löwenthal): Was ist Volkssozialismus?, in: *Zeitschrift für Sozialismus* 3 (1936), S. 1105-36.

¹⁵⁸ Vgl. E. Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes, 1933-1938, Stuttgart 1952; und Bachstein: *Der Volkssozialismus* (1973), a.a.O.

¹⁵⁹ Jaksch gebrauchte schon in seiner Frühschrift "Marxismus oder Hakenkreuz?" den Begriff der "Volksgemeinschaft". Jedoch verstand er, fest auf der historisch-materialistischen Weltsicht des Marxismus stehend, hierunter die "Gemeinschaft freier, glückseliger Arbeitsmenschen" und betonte ausdrücklich, daß das Konzept der Volksgemeinschaft kein Ersatz für das marxistische Prinzip des Klassenkampfes sei. W. Jaksch: *Marxismus oder Hakenkreuz? Wer sind des deutschen Volkes Verderber?*, Teplitz-Schönau 1924, S. 40. Ebenso tauchte der Begriff ab 1935 wieder in den programmatischen Diskussionen der Partei auf. Vgl. J. Hofbauer: *Von deutscher Volksgemeinschaft*, in: *Der Kampf* 2 (1935), S. 193-203; und W. Jaksch: *Die Schlacht des Arbeiters um sein Recht und sein Brot*, in: *Der Kampf* 2 (1935), S. 193-95.

Die DSAP vertrat nicht mehr die Interessen des Proletariats der Mehrheitsnation. Sie war auch nicht mehr Bestandteil einer großen internationalen Partei in einem Großreich, sondern ihr Themen- und Wirkungskreis reduzierte sich auf regionale Wirtschaftsprobleme und die Minderheitenfrage in einem neuen Staatskörper, dessen Bevölkerungsstruktur zwar deutlich der des untergegangenen Nationalitätenstaates Österreich-Ungarn ähnelte, sich jedoch als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken und als nicht-föderaler Zentralstaat konstituiert hatte. Die Verfechtung des austromarxistischen Nationalitätenkonzepts bedeutete für die politische Praxis der Partei, daß sie sich unter diesen Voraussetzungen in einem permanenten ideologisch-programmatischen Spagat zwischen ihrer nationalen Identität und ihren nationalpolitischen Forderungen einerseits und dem proletarischen Internationalismus und der klassenkämpferischen Ideologie andererseits befand. Unter keiner der drei Parteiführungen konnte die DSAP für dieses Problem eine tragfähige Lösung finden. Unter Josef Seliger und Wenzel Jaksch vertrat die Partei eine betont nationale Programmatik, die sie in den Gegensatz zur ČSD brachte. Ludwig Czech stellte die Forderung nach nationaler Autonomie zurück und entwickelte über den proletarischen Internationalismus allmählich eine staatstragende Loyalität, die ihn im eigenen nationalen Lager isolierte. Das fortwährende Festhalten aller Parteivorstände an den einmal aufgestellten Autonomieforderungen - wenn auch in zunehmend abgeschwächter Form - schmälerte ihre ohnehin schlechte Ausgangsposition, um auf die politische Ausgestaltung des neuen Staatswesens Einfluß nehmen zu können. Es bewirkte, daß es der Partei selbst in der Zeit der Regierungseteiligung nicht zu gelingen vermochte, zu einem festen Bestandteil des politischen Systems zu werden, und die DSAP schließlich in der Krise des Jahres 1938 von den tschechischen Sozialdemokraten ohne nennenswerte innere Probleme als politischer Akteur und Regierungsverbündeter geopfert werden konnte.

Eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung und der innerparteilichen Durchsetzung der austromarxistischen Konzeption spielte der führende Kopf der deutschböhmischen Arbeiterbewegung Josef Seliger, der nach der Gründung der ČSR maßgeblich die politische Orientierung der DSAP bestimmte. Seine nationalpolitischen Forderungen formulierte Seliger stets auf der Grundlage sozialistischer Weltanschauung. Unter den Begriff der Nation fielen für ihn vor allem die Masse der arbeitenden Menschen¹⁶⁰, und die nationale Frage blieb in seiner Politik stets der sozialen untergeordnet. Vorbedingung für die Lösung der sozialen Frage war jedoch auch für Seliger die Beseitigung nationaler Gegensätze. Nationale Vorherrschaftsansprüche würden nach seiner Ansicht die Möglichkeit zu sozialer und politischer Emanzipation der Arbeiterklasse verhindern und im Absolutismus enden. Deshalb bildete die Demokratisierung des politischen Systems eine Grundvoraussetzung für die Lösung der nationalen und damit auch der sozialen Frage.

Die deutschböhmischen Sozialdemokraten waren aufgrund ihrer direkten räumlichen Erfahrung mit dem Nationalitätenkampf in den böhmischen Ländern vehemente Verfechter einer Lösung der nationalen Frage auf der Grundlage der demokratisch-föderativen Lösungsvorstellung

¹⁶⁰ Vgl. Zeßner (1976), a.a.O., S. 104.

gen, wie sie 1899 im Brüner Programm formuliert worden waren¹⁶¹. Der innerhalb der tschechischen Nationalbewegung stärker werdenden Forderung nach einer nationalstaatlichen Lösung der Tschechischen Frage unter Einbeziehung der dort lebenden deutschsprachigen Bevölkerung begegneten die deutschböhmisches Sozialdemokraten zugunsten der gesamtstaatlichen Autonomieregelung mit entschiedener Ablehnung¹⁶². Seliger begründete die Zurückweisung der tschechischen Forderungen aber nicht mit nationalen Argumenten, sondern mit den sozialen Interessen des Proletariats, "weil eine solche Lösung in der Form der Sonderstellung der Sudetenländer den Machtkampf der bürgerlichen Klassen aufs Neue entfachen würde, so daß das Proletariat in diesen neuen Gebilden nicht dazu kommen könnte, den Kampf für seinen sozialen und kulturellen Aufstieg innerhalb der Nation gegen die Machtklasse seines eigenen Volkes zu führen. Denn dadurch, daß der nationale Kampf permanent gemacht würde, würde das Proletariat ohnmächtig gemacht werden, an seinen wirtschaftlichen Interessen zu arbeiten, wie es notwendig ist."¹⁶³ Selbst als im Laufe des Jahres 1918 durch die Veränderungen politischer Konstellationen die nationalpolitischen Handlungsspielräume für die demokratisch-föderative Konzeption immer enger wurden, präferierte Seliger die Gesamtstaatskonzeption, wie sie bis zuletzt von Karl Renner verfolgt wurde¹⁶⁴. Demnach sollte die soziale und politische Emanzipation im Rahmen Österreich-Ungarns vorangetrieben und die nationale Frage auf der Verfassungs- und Verwaltungsebene durch Zugeständnisse an die ethnischen Minderheiten in Form nationaler Körperschaften mit Verwaltungsautonomie gelöst werden. Erst als der militärische und damit der territorialpolitische Zusammenbruch der Donaumonarchie offensichtlich war, schwenkte Seliger ins Lager Otto Bauers über. Im Gegensatz zu Renners Ansicht von der ökonomischen Notwendigkeit der unbedingten Erhaltung des österreich-ungarischen Wirtschaftsraums argumentierte der aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte und vom Ereignis der Russischen Revolution beeindruckte Bauer ausschließlich politisch. Nach seiner Ansicht stand die mitteleuropäische Sozialdemokratie mit dem Ende des Krieges vor einer revolutionären Situation, die von ihr eine neue Orientierung und andere politische Entscheidungen verlangte. Vom Sieg des nationalen Prinzips versprach er sich daher vor allem die Durchsetzung der Demokratie in Mitteleuropa. Seliger, der den Zerfall Österreich-Ungarns nie wollte, forderte, nachdem sich der Standpunkt Bauers bis zum Herbst 1918 innerhalb der Partei durchgesetzt hatte, nunmehr

¹⁶¹ Diese Haltung betonte Seliger 1913 noch einmal auf dem Landesparteitag in Teplitz. Vgl. dazu die dort gehaltene Rede, abgedruckt in: Ebd., Quellenanhang, S. 208-16.

¹⁶² In der Resolution der Landesparteikonferenz vom 16.9.1917 heißt es dazu: "Die deutsche Arbeiterklasse in den Sudetenländern erkennt das volle Recht der tschechischen Nation auf nationale Selbstbestimmung, wie sie es für das eigene Volk fordert und jeder anderen Nation zugesteht, an, somit auch die Zusammenfassung der tschechischen Kreise zu einem dem Bundesstaat eingegliederten staatlichen Ganzen. Dagegen verwirft sie entschieden die Forderung der tschechischen Nationalisten, die Sudetenländer mit Einschluß der deutschen Wohngebiete zu einem tschechoslowakischen Nationalstaat zu gestalten. Der Gedanke der Unterwerfung des deutschen Volkes in diesem Gebiet unter eine nationale Fremdherrschaft und seine Loslösung von den anderen Deutschösterreichern ist eine Utopie und kann nur den Machtkampf der Nationen verlängern und die Lösung der nationalen Frage verzögern." Resolution der Parteikonferenz der Sudetenländer, abgedruckt in: Ebd., Quellenanhang, S. 218 f.

¹⁶³ Vgl. die Rede Seligers auf der Parteikonferenz der Sudetenländer, abgedruckt in; Ebd., Quellenanhang, S. 216-18.

¹⁶⁴ Wie Zeßner dokumentiert, unterstützte Seliger im Parteivorstand noch am 20.9.1918 die Position Renners. Vgl. ebd., S. 111.

vehement das uneingeschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen in den böhmischen Ländern.

Diese Forderung nach nationaler Selbstbestimmung erwies sich bei Seliger in der Folgezeit als ein äußerst dehnbarer Begriff. In den Herbst- und Wintermonaten 1918/19 bedeutete sie für ihn ausschließlich den Anschluß der deutschen Siedlungsgebiete in den böhmischen Ländern mit Deutschösterreich an ein sozialistisches Großdeutschland. Nach einer Übergangsphase im Frühjahr 1919, in der sich eine gewisse pragmatisch bedingte Zweigleisigkeit in der Politik Seligers ausmachen läßt, lief das nationale Selbstbestimmungsrecht auf ein Autonomieprogramm innerhalb der ČSR hinaus. In dieser Bandbreite spiegelten sich sowohl die Vertretung genuin nationaler Interessen der deutschböhmischen Arbeiterschaft als auch ein realpolitisches Verständnis für reformistische Politik wider, denn die insgesamt nationale Ausrichtung seiner Politik verstand er dabei stets als "Kampf um den Weg zur Demokratie und zum Sozialismus"¹⁶⁵.

Seliger akzeptierte im Herbst 1918 vollständig die Entwicklung zur Errichtung souveräner Nationalstaaten auf dem Territorium der ehem. Donaumonarchie. In einem Beitrag zur theoretischen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie "Der Kampf" beschäftigte er sich in der November-Ausgabe mit der in seinen Augen jetzt dringenden Frage, "wie man den Umwandlungsprozeß abkürzen könnte, den nunmehr die Völker Österreichs von dem heutigen Zustand bis zur vollendeten Aufrichtung der Nationalstaaten durchlaufen müssen". Seine Antwort hierauf bestand darin, "daß jedes Volk vorerst mit sich selbst über sein besonderes staatliches Schicksal ins reine kommt", um dann "ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen und zu entscheiden, ob und welche Gemeinschaften aufzurichten sind und welcher Art diese sein werden"¹⁶⁶. Da für Seliger unter völliger Verkennung der internationalen Kräfteverhältnisse bei der Neuordnung Mitteleuropas unumstößlich feststand, daß das Recht auf nationale Selbstbestimmung auch für die Deutschen in den böhmischen Ländern volle Anwendung finden müsse, und er eine Einbeziehung in einen tschechoslowakischen Nationalstaat mit der bereits ein Jahr zuvor gelieferten Begründung sowie einer pessimistischen Zukunftsperspektive für die sudetendeutsche Industrie in der ČSR ablehnte, rückte für ihn im folgenden Schritt das Problem der Lebensfähigkeit eines souveränen deutschböhmischen Staates in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Hierfür kam er zu dem Schluß, daß die Anbindung an ein sozialistisches Großdeutschland im Interesse der Arbeiterklasse unumgänglich sei. Dies begründete er mit der räumlichen Zergliederung und Isolation Deutschböhmens, mit seiner spezifischen Wirtschaftsstruktur, die eines großen Binnenmarktes bedürfe, und mit dem Fehlen eines geistigen und kulturellen Zentrums für "das Land der Industriedörfer und Kleinstädte, der Kirchturmshorizonte und der Bierbankpolitikerei"¹⁶⁷. Auf diese Weise berührten sich erstmalig die nationalpolitischen Forderungen der Sozialdemokraten mit denen des bürgerlichen Lagers und fanden ab Ende Oktober 1918 ihren organisatorischen Ausdruck in der Beteiligung sozialdemokratischer Politiker an den

¹⁶⁵ J. Seliger: Warum kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?, Teplitz-Schönau o.J. [1919]; abgedruckt in: Ebd., Quellenanhang, 223-28, S. 228.

¹⁶⁶ J. Seliger: Das selbständige Deutschböhmen, in: Der Kampf, Jg. 1918, S. 719-23; abgedruckt in: Ebd., Quellenanhang, 219-21, S. 219.

¹⁶⁷ Ebd., S. 221.

nacheinander gebildeten irredentistischen Landesregierungen der Provinzen Deutschböhmen, Deutschsüdböhmen, Böhmerwaldgau und Deutschsüdmähren. Diese Landesregierungen interpretierten das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Nationalitätsprinzip und strebten auf dieser Grundlage nach einem staatlichen Anschluß ihrer Provinzen an Deutschösterreich. Dabei verkannten sie vor allem, daß es sich beim Selbstbestimmungsrecht vorerst um ein politisches Prinzip und nicht um eine völkerrechtlich einforderbare Norm handelte¹⁶⁸.

Diese Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften, die bis dahin innerhalb der politischen Arbeiterbewegung Österreichs als eine völlig undenkbare politische Variante gegolten hatte, rechtfertigte Seliger im März 1919 in seiner programmatischen Broschüre "Warum kämpfen wir um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?" damit, daß das Streben der deutschböhmischen Arbeiterklasse nach nationaler Selbstbestimmung ein sozialistischer Kampf sei. Sowohl Karl Marx und Friedrich Engels als auch Ferdinand Lassalle als seine politischen Kronzeugen benennend, begründete er diesen taktischen Schritt mit der beständigen Notwendigkeit kritischer Selbstprüfung unmittelbarer Ziele und Korrektur alter Kampfformen auf dem Weg zum sozialistischen Endziel¹⁶⁹. Diese Form eines politisch-programmatischen Pseudopragmatismus wird uns später bei Wenzel Jaksch wieder begegnen, der in den dreißiger Jahren nicht nur die Argumentationsweise Seligers kopierte, sondern auch dessen inhaltliche Forderungen für die innenpolitische Umsetzung seines volkssozialistischen Konzepts in weiten Strecken übernahm resp. sie für die nunmehr veränderten politischen Rahmenbedingungen modifizierte. Seliger bewertete nun in Übereinstimmung mit Bauer die gegenwärtige politische Lage als eine revolutionäre Situation, die den Kampf um die Endziele der Bewegung begünstigen wird. Der imperialistische Weltkrieg, der die Völker Europas in unsägliches soziales Elend gestürzt hat, habe "den Sozialismus zur unausweichlichen Notwendigkeit gemacht", und der "Weg zur Sozialisierung führt über die politische Demokratie", wie sie in den Revolutionen in Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn nunmehr erkämpft worden sei. "Nur die Arbeiterklasse Deutschböhmens ist im Augenblick davon ausgeschlossen, für ihren Teil an die Vollbringung dieser großen Aufgabe zu schreiten." Dabei stellte die Errichtung eines ethnisch homogenen Nationalstaates für Seliger durchaus keinen Selbstzweck dar. Vielmehr betrachtete er ihn als bestmöglichen Boden zur Verwirklichung des Sozialismus, da keine nationalen Gegensätze mehr den reinen Klassenkampf überdecken würden. Grundsätzlich könne der proletarische Kampf auch im Nationalitäten- resp. supranationalen Staat erfolgreich sein. Dies setze jedoch voraus, daß sein Zustandekommen im Einklang mit dem freien Willen aller in ihm vereinigten Nationen erfolge, was im Gründungsprozeß der ČSR jedoch nicht gegeben sei, denn die befreite tschechische Nation sei

¹⁶⁸ Vgl. S. Maurer-Horn: Die Landesregierung für Deutschböhmen und das Selbstbestimmungsrecht, in: BoheZ 38 (1997), 32-61, S. 38.

¹⁶⁹ "Wenn das Proletariat die Durchsetzung einer Augenblicksforderung als unerlässlich erkannt hat, dann muß es den Kampf dafür mit allen seinen geistigen und materiellen Kräften aufnehmen und unausgesetzt, unablässig sein ganzes Denken und Handeln auf diesen Kampf einstellen ... Wir deutschböhmischen sozialdemokratischen Proletarier führen jetzt den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, und dieser Kampf hat uns in eine Linie mit den bürgerlichen Klassen geführt, die wir bisher aufs heftigste bekämpften." J. Seliger: Warum kämpfen wir um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?, Teplitz-Schönau o.J. [1919]; abgedruckt bei Zeßner (1976), a.a.O., Quellenanhang, 223-28, S. 223.

bestrebt, einen neuen imperialistischen Staat aufzubauen, "der unter nationaler Flagge fremde Völker und fremden Boden der Ausbeutung durch seine Machtklassen dienstbar machen will". Ist ein Staat erst einmal durch einen Gewaltakt entstanden, so könne er ebenfalls nur mittels Gewalt - in diesem Fall durch nationale Unterdrückung - erhalten werden und sich keinesfalls zu einem demokratischen System entwickeln. Eine Korrektur dieses Prozesses sei ebenfalls nicht zu erwarten, denn die tschechische Arbeiterklasse habe "zugunsten der nationalistischen Ideologie abgedankt und ist an die imperialistische Bourgeoisie gefesselt, da sie die nationale Unterwerfung fremder Völker unter den tschechoslowakischen Staat selbst will". Aus diesem Grund sah Seliger die "Befreiung der Nationen von der drohenden neuen nationalen Fremdherrschaft" als "die herrschende Frage der unmittelbaren Gegenwart, und diese muß zunächst entschieden werden, bevor das Proletariat dazu schreiten kann, die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen"¹⁷⁰. Mit dieser Konstruktion hatte Seliger eine theoretische Grundlage definiert, von der aus er die Existenz der ČSR anerkennen konnte, ohne seine zuvor gesetzten Rechtspositionen nach vollständiger Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung aufgeben zu müssen. Gleichzeitig beinhaltete diese Formel jedoch den Grundsatz, daß die Lösung der sozialen Frage erst nach der Beseitigung aller nationalen Gegensätze möglich sei. Auf diese Weise manövrierte er die Partei aber mittelfristig in die politische Isolation, denn die Nationalstaatskonstruktion war eine beschlossene Sache, die von den tschechischen Sozialisten in vollem Umfang mitgetragen wurde, und Seligers Standpunkt befand sich ebenfalls in einem deutlichen Gegensatz zur kommunistischen Strategie, die Forderung nach uneingeschränkter nationaler Selbstbestimmung als einen revolutionsauslösenden Faktor zu gebrauchen.

Zur Umsetzung seiner nationalpolitischen Forderungen setzte Seliger stärker als seine bürgerlichen Partner in den Landesregierungen auf den Faktor Massenmobilisierung. Hierzu sagte er am 29.12.1918 auf der Sitzung des deutsch-böhmischen Landrats: "Wir müssen Situationen herbeiführen, wo jeder einzelne das Verhalten der Tschechen als Vergewaltigung seiner Persönlichkeit empfindet."¹⁷¹ Dieser Zustand wurde zweifellos mit der blutigen Niederschlagung des Tages zur 'Arbeitsruhe und zu friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht' am 4.3.1919 durch tschechische Milizen erreicht. Neben den bürgerlichen Kräften hatten insbesondere die Sozialdemokraten dazu aufgerufen und die Teilnehmer durch flammende Reden und Treueschwüre aufgeheizt¹⁷². Anlässlich der Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung waren diese Großdemonstrationen als Protestaktion gegen das kategorische Teilnahmeverbot für die deutschsprachige Bevölkerung inszeniert worden. Die Demonstrationen verliefen auch friedlich, bis in sieben Städten die Befehlshaber des vorsorglich aufgezogenen Militärs, denen "entweder ihre Macht zu Kopf gestiegen war oder die vor den Menschenmassen Angst bekamen"¹⁷³, das Feuer eröffnen ließen. Die dabei ums Leben gekommenen 53 Demon-

¹⁷⁰ Ebd., S. 225, 227, 226.

¹⁷¹ Zit. nach Maurer-Horn (1997), a.a.O., S. 46.

¹⁷² Der Wortlaut der Rede Seligers, die auch wohlwollend nur mit der Einschätzung 'demagogisch' eingeordnet werden kann, ist abgedruckt bei Zeßner (1976), a.a.O., Quellenanhang, S. 222 f.

¹⁷³ Brügel (1967), a.a.O., S. 76.

stranten sowie die mehreren hundert Verletzten ließen sich von nun an von den Nationalisten vortrefflich zu den ersten Märtyrern der sudetendeutschen Befreiungsbewegung stilisieren.

Auch wenn eine solche Ereignisabfolge von Seliger zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht intendiert war, verschaffte er sich mit der nationalen Akzentuierung seiner Politik keine Vorteile, um langfristig zur führenden politischen Kraft unter den Sudetendeutschen zu werden, sondern beschritt hiermit vielmehr einen politischen Weg mit ungewissem Ausgang. Zum einen muß es als äußerst problematisch gewertet werden, daß die DSAP mit dieser Dominanz nationalpolitischer Argumente sozialistischer Politik innerhalb der sudetendeutschen Unterschichten ein erhebliches Potential für nationalistische Forderungen weckte resp. entsprechende, bereits existierende Dispositionen in ihrer Wählerklientel verstärkte. Zum anderen begab sich die Partei auf diese Weise auf ein politisches Feld, auf dem sie ohne ein überzeugendes und praktikables Alternativprogramm den völkischen Appellen der im Nationalitätenkampf der böhmischen Länder gewachsenen nationalistischen Kräfte zwangsläufig unterlegen bleiben mußte. Dieses Problem sollte sich sowohl dann verstärken, wenn sich die DSAP wie 1918/19 auf die Ebene einer politischen Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien begab, als auch in der Krisensituation der dreißiger Jahre, in der sich nationalpolitische Erwartungen nach Kulturautonomie im Rahmen reformistischer Regierungspolitik nicht erfüllen ließen.

Das starke propagandistische Engagement der Landesregierungen zeigte sehr bald eine nachhaltige Wirkung auf die Einstellung weiter Bevölkerungskreise zum Verbleib in der ČSR. Wie neuere Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, war die Meinung der deutschsprachigen Bevölkerung zu dieser Frage im November 1918 noch unklar. Nachdem die deutsche Presse in der ČSR ab Mitte Januar 1919 ebenfalls eine irredentistische Haltung einnahm, trug die gemeinsame großdeutsche Propaganda bürgerlicher und sozialdemokratischer Kräfte nun erste Früchte und verursachte einen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Dabei, so die These, wurden diese Propagandaerfolge wohl von den vorschnellen Maßnahmen der neuen Behörden, den zahlreichen Übergriffen tschechischer Bürger und den blutigen Ereignissen des 4.3.1919 begünstigt, jedoch keineswegs präjudiziert, so daß den Tätigkeiten der deutschböhmischen Politiker maßgeblich die Verantwortung für die Verschlechterung einer tschechisch-deutschen Verständigungsmöglichkeit zugeschrieben werden muß¹⁷⁴. Deshalb läßt sich bereits an dieser Stelle vermuten, daß die latente nationalistische Desorientierung der sudetendeutschen Unterschichten nicht unmittelbar nur ein Resultat bürgerlicher Beeinflussung oder nationaler Benachteiligung war, sondern auch ein gehöriges Maß an Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit bei den die Verantwortung tragenden sozialdemokratischen Politikern zur Voraussetzung hatte.

Von der DSAP wurde die politische Rolle ihres Vorsitzenden in dieser für die Qualität des zukünftigen Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen entscheidenden Phase des Nationalitätenkampfes stets als richtiger Schritt verteidigt. 1928 bezeichnete Emil Strauß, einer der führenden Journalisten der Partei und zudem Seligers Schwiegersohn, die Teilnahme an der

¹⁷⁴ Vgl. Maurer-Horn (1997), a.a.O., S. 54 f. Auch der reichsdeutsche Gesandte in Prag machte diese Veränderungen in den politischen Stimmungen und Präferenzen aus. Vgl. v. Gebstättel an AA, v. 28.11.1918, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 103-04.

Landesregierung als "stolzes Kapitel in der politischen Geschichte des deutschen Volkes in Böhmen und besonders der deutschen Arbeiterbewegung"¹⁷⁵. Und selbst unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers betonte ein Autor im theoretischen Organ der Partei, daß das Engagement Seligers in der Landesregierung vor allem Ausdruck seines Willens zur gesellschaftlichen und politischen Erneuerung Europas war, die von den rachsüchtigen Siegern in Paris und Prag gewaltsam beendet wurde¹⁷⁶.

Nachdem die Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen die österreichische Außenpolitik zur Aufgabe ihrer Anschlußbestrebungen gezwungen hatte, ließen auch die sudetendeutschen Sozialdemokraten im Sommer 1919 ihre großdeutschen Pläne fallen. Auf ihrem ersten Parteitag in Teplitz im Spätsommer 1919, auf dem sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten nun auch formal organisatorisch von der österreichischen Mutterpartei trennten und sich als DSAP konstituierten, formulierte die Partei die Grundlagen für ihre Politik in der ČSR, die in dieser diffusen Form weitgehend bis 1938 verfolgt werden sollten. Charakteristisch war, daß sich die DSAP kein neues Grundsatzprogramm gab. Der Grund hierfür ist vor allem darin zu suchen, daß es in der Partei keine einheitliche Meinung dazu gab, welche politisch-programmatische Linie zukünftig eingeschlagen werden sollte. Somit wurde in der Parteitagsresolution noch einmal betont, daß das deutsche Proletariat gegen seinen Willen in diesen nationalstaatlichen Zusammenhang gezwungen worden war. Ihrer Frustration über die Gestaltung der Versailler Friedensordnung machte die Partei Luft, indem sie die Westmächte zur "konterrevolutionären 'Heiligen Allianz' gegen das Proletariat" erklärte. Die ČSR habe als ein "Produkt des Entente-Imperialismus" alle diese konterrevolutionären Charakterzüge in ihre Politik und in ihr Staatsgebilde übernommen. Anders als die negativistische Strömung in der sudetendeutschen Politik versagte sich die DSAP nicht grundsätzlich der politischen Arbeit in der ČSR, sondern erklärte, daß sie in dem neuen Staat sozialistische Mehrheiten gewinnen und durch die Wiederherstellung der alten Kampfgemeinschaft mit der tschechischen Schwesterpartei eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischem Weg erreichen wollte. Der Rätesozialismus sowie das russische Beispiel einer Minderheitsdiktatur wurden zugunsten einer reformistischen Strategie ausdrücklich abgelehnt. Unter dieser Prämisse schaffte sie es allerdings nicht, eine positive Einstellung zum Staat zu erlangen, und blieb bei ihrer Interpretation der Bedeutung der nationalen Frage weiterhin indifferent. Die Partei erkannte zwar die ČSR als ihr neues politisches Wirkungsfeld an, erklärte es aber "im Interesse der internationalen proletarischen Demokratie" und unter explizitem Rückgriff auf die Forderungen des Brüner Nationalitätenprogramms sowie der Hervorhebung des nationalen Selbstbestimmungsrechts zu ihrer vorrangigen Aufgabe, den tschechoslo-

¹⁷⁵ E. Strauß: Die deutschböhmisches Landesregierung, in: Tribüne 1 (1928), 230-35, S. 230.

¹⁷⁶ "Den Sudetendeutschen blieb im Spätherbst 1918, wenn sie nicht einfach demütig abwarten wollten, was mit ihnen geschehen werde, gar kein anderer Weg als der des Kampfes um die Möglichkeit der Selbstbestimmung ihres Schicksals ... Ihre Lebensfähigkeit konnten diese 'geographisch unmöglichen Gebilde' [gemeint sind die deutschsprachigen Provinzen, C.S.] nicht erweisen, weil sie von den Tschechen besetzt wurden. Daß die Friedenskonferenz die österreichischen Ansprüche zurückwies und die Sudetendeutschen nicht nach ihrer Meinung und ihrem Wollen befragte, ist kein Argument gegen dieses Wollen, denn daß auf diesen sogenannten Konferenzen Deutschland und Österreich sich einfach Diktaten beugen mußten, wird kein Historiker zu bestreiten wagen." Th. Wellwog: Sudetendeutsche Freiheitsbewegung, in: Tribüne 6 (1933), 48-52, S. 49. f.

wakischen Nationalstaat mittels Dezentralisierung durch "Abschaffung des bürokratischen Herrschaftssystems" und der "Aufhebung aller nationalen Fremdherrschaft"¹⁷⁷ in ein supranationales, korporatives System zu wandeln, das für alle dort lebenden Nationalitäten politische Selbstverwaltung auf allen administrativen Ebenen und kulturelle Selbstbestimmung gewährleistet und den Staat somit erst lebensfähig macht¹⁷⁸.

Wie ein politischer Chronist hervorhebt, reagierten die tschechischen Parteien auf die nationalpolitischen Forderungen der DSAP mit "Ablehnung und Hohn". Dies galt insbesondere für die ČSD, deren Zentralorgan die programmatische Erklärung des Teplitzer Parteitags mit den Worten zurückwies: "Wir lassen uns unseren Staat nicht zerstückeln."¹⁷⁹ Für die weitere politische Entwicklung der DSAP mußte es sich als nachteilig erweisen, daß die entscheidende Frage nicht erörtert wurde, wie die Partei auf dem demokratisch-parlamentarischen Boden für ihr ehrgeiziges Vorhaben Mehrheiten finden wollte, um Einfluß auf die sozioökonomische Entwicklung gewinnen und nationalpolitische Entscheidungen in der zu erarbeitenden Verfassung zugunsten des sozialdemokratischen Autonomiegedankens beeinflussen zu können. Eine Fortsetzung des Bündnisses mit den sudetendeutschen bürgerlichen Kräften wurde nach dem lautlosen Untergang der Landesregierungen nicht erneut in Erwägung gezogen und das wiederholte Bestreben Lodgmans zur Formung eines nationalen politischen Blocks abgelehnt, nachdem bereits der BdL im Mai 1919 die Pläne der sudetendeutschen Nationalisten zurückgewiesen und sich für eine Zusammenarbeit mit den tschechischen Agrariern ausgesprochen hatte¹⁸⁰. Es läßt sich zu diesem Zeitpunkt jedoch kein Hinweis dafür finden, daß die DSAP realitätsbezogen über Strategien, Formen und Inhalte möglicher Koalitionsvereinbarungen mit der ČSD nachdachte. Unter völliger Verkennung der engen und grundsätzlichen Bindung der tschechischen Sozialdemokraten an das nationalstaatliche Prinzip zeigte sich die Partei vielmehr davon überzeugt, "daß die Verschärfung der Klassengegensätze das tschechische Proletariat von dem Einflusse der Bourgeoisie befreien, es auf den Boden des unbeschränkten und unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zurückführen und es damit fähig machen wird, im engsten Bunde mit den deutschen Proletariern den revolutionären Klassenkampf zu führen"¹⁸¹. Gegenüber dem deutschen Gesandten erklärte Seliger jedoch wenige Wochen später, daß sich die Pariser Friedensschlüsse und deren Folgen für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in der ČSR

¹⁷⁷ Resolution der Landesparteivertretung; abgedruckt bei Zeßner (1976), a.a.O., Quellenanhang, S. 236 f.

¹⁷⁸ Gegenüber dem reichsdeutschen Gesandten hatte Seliger vor dem Parteitag sogar erklärt, die Regierung müsse zurücktreten, sollte es nicht gelingen, die nationale Gleichberechtigung der Sudetendeutschen in der Verfassung zu verankern. Vgl. Saenger an Unterstaatssekretär, v. 1.9.1919, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 190 f.

¹⁷⁹ Klepetaf (1937), a.a.O., S. 97.

¹⁸⁰ Im Mai 1920 erteilte die DSAP einer von den bürgerlichen Parteien angestrebten parlamentarischen Blockbildung eine definitive Absage, die in ihrer grundsätzlichen Form bis in die dreißiger Jahre Bestand haben sollte und erst durch den jungaktivistischen Vorstoß Wenzel Jakschs im Frühjahr 1936 unterlaufen wurde. In der entsprechenden Resolution hieß es: "Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, daß wir der Forderung nach Selbstverwaltung auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates und der Erringung des Selbstbestimmungsrechtes im Laufe der nächsten Entwicklung in Europa besser dienen können, wenn wir den Kampf darum grundsätzlich führen können und unbeschwert von der Last eines Verbandes, dessen Bestand nur auf der Grundlage des Aufgebens unserer grundsätzlichen Politik möglich wäre." Zit. nach Kracik (1999), a.a.O., S. 77. Vgl. auch Brügel (1967), a.a.O., S. 78.

¹⁸¹ Resolution der Landesparteivertretung; abgedruckt bei Zeßner (1976), a.a.O., Quellenanhang, S. 236 f.

nicht durch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterparteien revidieren ließen. Dennoch zeigte er keinerlei Bereitschaft, die ČSR als einen Nationalstaat anzuerkennen und hoffte vielmehr auf die Einsicht des tschechischen Proletariats für diese Haltung der DSAP¹⁸².

Hieran wird aber auch deutlich, daß die DSAP schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Weichen für ihre politische Strategie in eine Richtung stellte, welche die schrittweise Entwicklung eines aktivistischen Politikverständnisses - wie beim BdL oder in der DCV - nicht ermöglichte. So wurde zwar die ČSR als politischer Kampfboden anerkannt, doch sollten die soziale Emanzipation und die Lösung der nationalen Frage unter der Prämisse des proletarischen Internationalismus über den gemeinsam mit der tschechischen Arbeiterbewegung geführten Klassenkampf erzielt werden. Doch einerseits ließ das Festhalten an nationalpolitischen Maximalforderungen keinen Spielraum für eine Umsetzung einer internationalen proletarischen Einheit mit der ČSD zu, und andererseits schmälerte die Betonung des proletarischen Internationalismus die Verständigungsmöglichkeiten mit nicht-sozialistischen Kräften.

Da die DSAP auf nationalpolitischem Gebiet keine Bereitschaft zeigte, von den in Teplitz aufgestellten Prämissen abzurücken, scheiterten dann auch alle Versuche des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Tusar, die Partei zum Regierungseintritt zu bewegen. Besonders die Ergebnisse der ersten Parlamentswahlen im April 1919 hatten die Möglichkeit eröffnet, eine Regierung mit einem starken sozialistischen Einschlag zu bilden. Auf das unmittelbar nach der Wahl ergangene Verhandlungsangebot Tusars reagierte die DSAP unter Berufung auf die auf dem Parteitag formulierte nationalpolitische Grundsatzposition ablehnend. Der Abgeordnete Oswald Hillebrand erklärte, daß eine mögliche und anzustrebende Zusammenarbeit beider Arbeiterbewegungen erst nach einer Revision der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates erfolgen könnte. Diese Forderung wurde gegenüber Tusar in den Folgemonaten aufrechterhalten und noch um außen- und sicherheitspolitische Bündnisfragen erweitert. Im April 1920 erklärte eine DSAP-Delegation gegenüber dem Ministerpräsidenten, daß die Auflösung der außenpolitischen Anbindung der ČSR an die Entente eine weitere Voraussetzung für einen Regierungseintritt der Partei darstelle¹⁸³. Auch bei der Wahl des Staatspräsidenten im Juni 1920, die die deutschen bürgerlichen Parteien mittels Obstruktion für sich und ihre von der Staatskonzeption abweichenden nationalpolitischen Forderungen nutzten, entschieden sich die Abgeordneten der DSAP unter Seligers Führung zur Stimmenthaltung¹⁸⁴. Trotz dieser zahlreichen Affronts gegen die grundlegenden Überzeugungen der tschechischen Sozialdemokraten bemühten sich Tusar und auch Masaryk, durch weitreichende Zugeständnisse die Tür für einen Regierungseintritt offenzuhalten. Doch selbst die im Herbst 1920 abgehaltenen Verhandlungen beider Par-

¹⁸² Saenger an AA, v. 21.11.1919, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 224-26.

¹⁸³ Vgl. zu den beiden Diskussionskreisen Kracik (1999), a.a.O., S. 75 f. sowie Klepetař (1937), a.a.O., S. 119. Vgl. ferner die entsprechenden Beobachtungen und Einschätzungen des deutschen Gesandten, der in die Diskussion zwischen beiden Parteien vermittelnd involviert war. Saenger an AA, v. 28.4.1920, v. 12.5.1920, v. 31.8.1920, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte I (1983), a.a.O., S. 274 ff., 280 f., 319 f.

¹⁸⁴ In seiner Eröffnungsrede griff Seliger noch einmal alle bis dahin gesammelten Argumente auf und stellte prinzipiell fest, daß die DSAP "unverrückbar und unverbrüchlich" an der Einforderung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen festhalten werde. Ein Redeauszug ist abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 150-52.

teien über eine proletarische Aktionseinheit scheiterten wegen der vom Standpunkt der DSAP aus als ungelöst erachteten nationalen Frage. *Kracik* wertet diese Entwicklung treffend mit folgenden Worten: "Die durch Tusar in Aussicht gestellte Zahl von drei bis vier deutschen Ministern, eine grundlegende Änderung der Schul- und Sprachenpolitik und schließlich sogar selbständige deutsche Verwaltungsbezirke blieben, wie sich später zeigte, ein einmaliges und sehr weitreichendes Angebot. Tusar war den deutschen Sozialdemokraten weit entgegengekommen, aber dort schien man die realen politischen Kräfteverhältnisse auf tschechischer wie auf deutscher Seite nicht richtig einschätzen zu können. Denn nur Tusar und die tschechische Sozialdemokratie sowie einige Agrarier um Antonín Švehla waren gemeinsam mit Präsident Masaryk um eine Verbesserung des tschechisch-deutschen Verhältnisses bemüht gewesen. Auf deutscher Seite gab es, abgesehen von einem Teil des BdL, zunächst keine andere Partei, die in der Lage gewesen wäre, über einen Regierungseintritt nachzudenken oder gar zu verhandeln. Die deutschen Sozialdemokraten ließen bei ihren Programmbeschlüssen in der nationalen Frage kaum Räume für Kompromisse zu und erkannten deshalb in der politischen Praxis auch nicht die sich bietenden Möglichkeiten, über kleine Schritte den gesteckten Zielen näher zu kommen."¹⁸⁵

Auch wenn das Einfühlungsvermögen der tschechischen Sozialisten in die Gemütslage und die politischen Positionen der DSAP zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht optimal war, zeigten sie sich jedoch insgesamt kompromißbereiter. Die DSAP vergab sich als größte sudetendeutsche Partei mit ihrem einseitigen Engagement hingegen die Möglichkeit, die Grenzen eines tschechischen Entgegenkommens auszuloten. Darüber hinaus tat sich für die Partei ein Widerspruch auf, der ihre innenpolitischen Handlungsspielräume langfristig einschränkte. Denn einerseits zeigte sie Bereitschaft, auf dem parlamentarischen Boden der ČSR in Zusammenarbeit mit der ČSD für eine sozial und national gerechtere Ordnung zu kämpfen, andererseits verbaute sie sich hierfür den Weg, indem sie nationalpolitische Forderungen stellte, die für die tschechische Seite unannehmbar waren. Diesen Widerspruch konnte auch das von sozialdemokratischen Politikern oftmals beanspruchte Argument nicht lösen, der sudetendeutsche Negativismus habe die Durchsetzung nationalpolitischer Forderungen unmöglich gemacht, da die tschechischen bürgerlichen Kräfte auf diese Weise leicht ein Feindbild des Sudetendeutschen kreieren konnten, das das tschechische Lager näher zusammenrücken ließ. Dessen ungeachtet suchte Jaksch im Sommer 1933 in der Auseinandersetzung mit dem völkischen Nationalismus, der nunmehr ebenfalls Autonomieforderungen erhob¹⁸⁶, zuerst ein sozialdemokratisches Monopol für den Autonomiegedanken zu begründen. Ohne den Umstand zu reflektieren, daß die stringente Betonung der Teplitzer Programmbeschlüsse die nationalpolitische Stellung der Sudetendeutschen bis zu diesem Zeitpunkt faktisch keinen Schritt weiter gebracht hatte, argumentierte er, daß sich Autonomieforderungen nicht mit der faschistischen Gesinnung der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) vereinbaren ließen¹⁸⁷. Daß sich mit derartigen unlogischen

¹⁸⁵ *Kracik* (1999), a.a.O., S. 84.

¹⁸⁶ Vgl. H. Krebs: *Der Kampf um die sudetendeutsche Autonomie*, Aussig 1933.

¹⁸⁷ "Vom Standpunkte einer ehrlichen sudetendeutschen Verständigungspolitik kann nicht entschieden genug zurückgewiesen werden, daß die absolutistischen Kriegsziele des deutschbürgerlichen und hakenkreuzlerischen Nationalismus nachträglich durch fragwürdige Zitierkünste als Autonomismus umgebogen werden. Nichts könn-

Platitüden ohne eine Spur der politischen Selbstkritik die Auseinandersetzung mit dem völkischen Nationalismus nicht gewinnen ließ, sollte sich bald danach für die DSAP erweisen.

Schließlich hat diese problematische Politik Seligers auch erheblich zur Beschleunigung der Desintegration der DSAP beigetragen. Während für Seliger die Lösung der nationalen Frage die Vorbedingung für die Errichtung des Sozialismus darstellte, erhob die Linke um Karl Kreibich in der sog. 'Reichenberger Richtlinie' vom April 1920 ähnliche Forderungen wie die Šmeral-Gruppe in der ČSD. Sie ging davon aus, daß nationalpolitisch akzentuierte Kämpfe das Erreichen sozialistischer Ziele unmöglich machen und sich nationale Selbstbestimmung im Gegenteil erst im Sozialismus verwirklichen läßt. Ebenso waren für die innerparteiliche Linke die Möglichkeit eines Eintritts in eine Koalition mit bürgerlicher Beteiligung in jeder Beziehung indiskutabel. Dieser Richtungsstreit in der DSAP wurde dann im Sommer 1920 offen unter der Fragestellung der richtigen Methoden des Klassenkampfes auf dem Weg zum Sozialismus geführt. Dabei standen die Reformisten mit der Hervorhebung der Bedeutung des parlamentarischen Systems für die sozialistische Strategie den Befürwortern einer sofort zu erwirkenden Diktatur des Proletariats gegenüber. Über die Betonung des proletarischen Internationalismus näherte sich die innerparteiliche Linke auf diese Weise der Lehre Lenins von der Minderheitsdiktatur an und suchte den Anschluß an die III. Internationale. Die Desintegration der Partei konnte im September 1920 durch das zwischen Seliger und Kreibich vereinbarte sog. 'Aktionsprogramm' noch einmal kurzfristig aufgehalten werden. In diesem Kompromißpapier war festgestellt worden, daß die Arbeiterklasse in einem Vielvölkerstaat nur über die proletarische Einheit an die Macht kommen kann. Aus diesem Grund wurde nicht länger die nationale Autonomie zum Hauptziel der Partei erklärt, sondern die Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Die nationale Frage, so die später von der KPTsch übernommene These, werde sich in der sozialen Revolution dann von selbst lösen¹⁸⁸.

Für die weitere Entwicklung der Stellung der DSAP im politischen System der ČSR wurden vor allem zwei Ereignisse richtungsweisend: Zum einen der überraschende Tod Josef Seligers im Oktober 1920, mit dem die Partei ihre führende und integrierende Persönlichkeit verlor¹⁸⁹, und zum anderen die Abspaltung des kommunistischen Flügels im März 1921, die die Partei politisch und organisatorisch nachhaltig schwächte¹⁹⁰. Mit dem neuen Parteivorsitzenden Lud-

te den Gedanken der nationalen Autonomie vor dem tschechischen Volke ärger diskreditieren!" W. Jaksch: Das Urheberrecht am Autonomie-Gedanken. In der Darstellung eines Nazi u. eines anständigen Tschechen, in: Tribüne 6 (1933), 297-305, S. 303.

¹⁸⁸ Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 22 f.

¹⁸⁹ Die ohnehin mit Führungspersönlichkeiten spärlich ausgestattete Partei verlor mit dem Tod von Karl Čermak 1924 ihren Generalsekretär sowie mit Wilhelm Kiesewetter (1925) und Oswald Hillebrand (1926) zwei weitere zentrale Politiker.

¹⁹⁰ Allein durch den Ausschluß des Reichenberger Bezirks am 17.1.1921 verlor die DSAP einen der mit ca. 16.000 Mitgliedern, sieben Kreisverbänden und 169 Ortsvereinen größten und finanzkräftigsten Parteibezirke. Obwohl die offiziellen Angaben unzuverlässig sind, geht Wingfield davon aus, daß die Mitgliederverluste zwischen 1920 und 1922 etwa 35 % betragen. Trotz späterer Zuwächse erreichte die DSAP niemals wieder ihre Organisationsstärke der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bei den Abgängen handelte es sich jedoch weniger um langjährige Parteimitglieder, denn um sog. 'November-Sozialisten', die der Partei im allgemeinen Stimmungshoch des Jahres 1918 beigetreten waren. Dafür zeugt nach Meinung der Autorin die Tatsache, daß - anders als bei der ČSD - die Parteiaustritte nicht notwendigerweise in proportionalen Mitgliederzuwächsen bei der KPTsch resultierten, sondern auch nationalistische Parteien, wie die DNSAP, von der Fluktuation profitieren konnten.

wig Czech und der Ernennung Siegfried Taubs zum Generalsekretär im Jahre 1924 erhielten nun - ergänzt um den Herausgeber des Zentralorgans der Partei, Wilhelm Niessner, und den Senator Theodor Hackenberg - Funktionäre aus dem mährischen Landesverband die Kontrolle über das Parteizentrum. Einzig der Schatzmeister der DSAP und treue Gefolgsmann der Czech-Gruppe, Carl Heller, stammte aus Böhmen. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern aus den nordböhmischen Industriegebieten hatten sie ihre politische Sozialisation außerhalb des Brennpunkts des tschechisch-deutschen Nationalitätenkampfes und zudem in einem urbanen Umfeld erfahren. Sie sprachen auch tschechisch, verfügten über ein höheres Bildungsniveau und hatten zuvor überwiegend Karrieren außerhalb der Partei durchlaufen¹⁹¹. Im Gegensatz zu den nordböhmischen Arbeiterfunktionären, für die aufgrund ihrer anderen Alltagserfahrung die nationale Problematik eine deutlich übergeordnete Rolle einnahm, müssen sie ideologisch in einer engeren Beziehung zu den internationalistischen und auf sozialpolitische Fragen konzentrierten Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie gesehen werden.

Mit diesen Personalentscheidungen wurde zunächst eine günstige Ausgangsposition für die Überwindung der bislang diffusen nationalpolitischen Haltung der Partei geschaffen, und Czech dokumentierte sogleich mit dem Umzug der Parteizentrale aus dem nordböhmischen Teplitz nach Prag seine grundsätzliche Bereitschaft, zukünftig mehr politische Verantwortung übernehmen zu wollen. Durch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen im Bereich der Parteistruktur, durch die Zentralisierung der Parteipresse und eine sorgfältige Kaderpolitik gelang es der Czech-Gruppe zum einen, die bis dahin wenig kooperierenden Parteibezirke näher zusammenzuführen sowie die Beziehung zwischen Zentrum und Basis zu intensivieren, und zum anderen, die Meinungsbildungsprozesse zu vereinheitlichen, so daß die Entstehung von oppositionellen Zellen erschwert und die Machtposition des Parteizentrums gestärkt werden konnte¹⁹². Auf diese Weise konnte die Czech-Gruppe zwar ein relatives Höchstmaß an politischer und personeller Kontinuität erwirken, brachte jedoch langfristig die ambitionierte jüngere Generation in der Partei gegen sich auf. Wie später noch zu zeigen sein wird, waren die Forderungen eines Teils der jungen Parteiopposition, mit der sie in den dreißiger Jahren eine strategische und taktische Umkehr in der antifaschistischen Politik erzwingen wollten, nicht nur von der Betrachtung der doppelten Bedrohung durch den Nationalsozialismus und die Henleinbewegung abhängig, sondern in ihrer Radikalität auch eine direkte Reaktion auf dieses Defizit an innerparteilicher Demokratie.

Während der BdL und die DCV zu Beginn der zwanziger Jahre eine politische Neuorientierung vollzogen, die sich sowohl inhaltlich als auch semantisch in dem Begriff 'Aktivismus' ausdrückte und eine rasche Annäherung an das tschechische Regierungslager brachte¹⁹³, blieb die

Ebenso fielen die Verluste an der Parteibasis nicht gleichmäßig aus, sondern variierten regional. Entsprechende Ergebnisse lassen sich auch für spätere Wählerwanderungen feststellen. Vgl. Wingfield (1989), a.a.O., S. 44 ff.

¹⁹¹ Czech war promovierter Jurist und besaß eine Anwaltskanzlei in Brünn, und Taub hatte durch seine langjährige, führende Tätigkeit in verschiedenen Sozialversicherungskörperschaften eine hervorragende administrative Qualifikation erworben.

¹⁹² Vgl. dazu Weiser (1998), a.a.O., S. 37 ff.

¹⁹³ Kracik, der die Entwicklung des deutschen Aktivismus eingehend analysiert hat, charakterisiert ihn in Gegenüberstellung zum Negativismus wie folgt: "Seine führenden Köpfe verstanden darunter eine Politik, die grund-

DSAP auch unter der neuen Führung in ihrem engen und theoretisch widersprüchlichen programmatischen Korsett zwischen latentem bis offenem Nationalismus und rhetorischem Internationalismus stecken. Sie vertrat weiterhin die Ansicht, daß eine Lösung der nationalen Frage nur in der Ausarbeitung und Durchsetzung eines Autonomieprogramms liegen könne. Von der ČSD wurde gefordert, sie sollte aus der Regierung austreten, um sich in der Opposition außerhalb des Einflußbereichs der tschechischen Bürgerparteien ihren Positionen in der nationalen Frage anzunähern. Als Oppositionspartei hatte die DSAP als politische Kraft außerhalb des *Pětka*-Systems nur beschränkte Möglichkeiten, auf Gesetzgebungsprozesse Einfluß zu nehmen. Ihre Bemühungen, auf parlamentarischer Ebene Modifizierungen bei der Landreform und den Minderheitenrechten herbeizuführen, blieben in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ohne greifbare Ergebnisse und brachten auch keine politischen Terraingewinne. Zwar blieben die Stimmenverluste der DSAP unter denen der tschechischen Sozialdemokraten, doch reduzierte sich bei den Parlamentswahlen von 1925 die Wählerunterstützung für die Partei in der deutschsprachigen Bevölkerung auf 24,1% von zuvor 43,5% im Jahr 1920¹⁹⁴.

Obwohl Senator Heller im Herbst 1923 eine innerparteiliche Initiative ergriffen hatte, die Einigung mit den tschechischen Sozialisten herbeizuführen, und dieser Vorstoß auf dem Parteitag im Dezember von Czech unterstützt wurde und auch die ČSD auf ihrem Parteitag im April 1924 den Wunsch ausgesprochen hatte, die Beziehungen zur DSAP zu verbessern, verschlechterte sich das Verhältnis beider Parteien zunehmend. Während die ČSD weiterhin darauf hinarbeitete, anstelle der bürgerlichen Aktivisten die DSAP in die Regierungsverantwortung zu holen, beharrten die deutschen Sozialdemokraten auf ihrer Oppositionsrolle und begründeten diese Haltung mit den insgesamt ungünstigen Machtverhältnissen zu Lasten der Arbeiterparteien und der fehlenden Kompromißbereitschaft der Regierung gegenüber den staatsrechtlichen Forderungen der Partei¹⁹⁵.

sätzlich auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates stehend und in loyaler Mitarbeit im Staat zugleich eine Verbesserung der Lage und Stellung der deutschen Bevölkerung zu erreichen gedachten. Das grundlegende Ziel der Aktivisten bestand darin, den Staat, der zunächst als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken deklariert wurde, gemeinsam mit einigen in Frage kommenden tschechischen und slowakischen Parteien auf demokratischem Wege in einen Nationalitätenstaat umzuwandeln, in dem die Deutschen eine möglichst weitgehende Autonomie erhalten sollten. Die andere politische Richtung, der deutsche Negativismus, trachtete danach, den tschechoslowakischen Staat grundsätzlich und durch schärfste Opposition zu bekämpfen. Eine entscheidende Rolle maßten die Negativisten der außenpolitischen Entwicklung bei, von der sie einen Umschwung zugunsten Deutschlands erwarteten. Deshalb waren sie stets darum bemüht, die durch die Pariser Friedenskonferenz erfolgte völkerrechtliche Einbindung der Deutschen in den tschechoslowakischen Staat zu einem internationalen Problem zu instrumentalisieren, das nur durch die Revision der Nachkriegsordnung gelöst werden könnte. Der Revisionismus der Negativisten zielte auf ein Großdeutschland ab, das neben Österreich auch die mehrheitlich von Deutschen bewohnten Grenzgebiete der Tschechoslowakei einschließen sollte." Kracik (1999), a.a.O., S. 8 f. Demgegenüber bescheinigt Jaworski dem deutschen Aktivismus eine gewisse Beliebbarkeit als taktisches Mittel bürgerlicher Politik. Sein Entstehen sei vor allem auf eine spezifische Machtkonstellation zurückzuführen und weniger auf eine grundsätzliche Haltung im nationalen Ausgleichsprozeß. Vgl. R. Jaworski: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977, S. 179 f. Zu ähnlich kritischen Ergebnissen kommt unter Verweis auf momentane politische Intentionen in den jeweiligen nationalen Lagern auch Kural (1993), a.a.O., S. 66 ff.

¹⁹⁴ Vgl. die Zahlen bei César/Černý (1962), a.a.O., Bd. 1, S. 208 und 326.

¹⁹⁵ Vgl. Kracik (1999), a.a.O., S. 131 ff.

Auch die Initiativen der SAI brachten keine Fortschritte im Verständigungsprozeß. Während die DSAP dieses Forum dazu zu nutzen suchte, die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien auf die internationale Agenda zu setzen¹⁹⁶, verwehrte sich die ČSD dagegen, daß sich die SAI entgegen ihrer politischen Grundsätze in innerstaatliche Konflikte einmischte. Die SAI maß den Streitigkeiten zwischen beiden Parteien große Bedeutung zu. Bereits auf dem Hamburger Kongreß setzte die Exekutive eine eigene Kommission ein, die hochrangig besetzt war (Bauer, Huysman, de Broukère u.a.) und deren Aufgabe darin bestand, die bestehenden politischen Differenzen zu schlichten. Dieses Gremium konnte keine Annäherung herbeiführen und empfahl, weitere Initiativen erst dann zu ergreifen, "wenn größere soziale oder internationale Ereignisse die Arbeiter der verschiedenen Nationen in der Tschechoslowakei tatsächlich auf eine gemeinsame Linie bringen"¹⁹⁷. Auch der SAI-Kongreß in Marseille im August 1925 brachte keine Klärung, sondern offenbarte ein weiteres Mal die unterschiedlichen politischen Haltungen der DSAP und der ČSD, so daß das Problem an die Minoritätenkommission überwiesen wurde. Die DSAP reichte dieser Kommission 1926 eine umfangreiche 'Richtlinie für ein Programm der demokratischen Autonomie in der ČSR' ein¹⁹⁸, die detailliert die Punkte nationale und kulturelle Selbstverwaltung, Organisation der Schulverwaltung und Regelung der Sprachenfrage umfaßten, jedoch inhaltlich nicht über die theoretischen Vorgaben des Brünner Programms und die Grundsätze des Teplitzer Parteitags hinausgingen und somit auch keine Bereitschaft signalisierten, von deren nationalpolitischen Forderungen abzuweichen.¹⁹⁹

Die Bildung der ersten tschechisch-deutschen Regierungskoalition im Oktober 1926 hatte aufgrund der indifferenten Haltung der DSAP nicht nur das vorläufige Ende der ČSD als Regierungspartei bedeutet, sondern auch die innenpolitische Isolierung der DSAP vollendet. Aufgrund des Wahlergebnisses vom November 1925, der zielstrebigem Annäherung des BdL und der DCV an die tschechischen Bürgerparteien und der positiven Wirkung des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages auf das innenpolitische Klima in der ČSR war eine Re-

¹⁹⁶ In einer Denkschrift an den Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg im Mai 1923 kennzeichnete die DSAP die ČSR erneut und in scharfer Form als nationalen Unrechtsstaat und bezeichnete die ČSD als politische Erfüllungsgehilfin des tschechischen Imperialismus und Chauvinismus, die sich bewußt den internationalistischen Grundsätzen und den politischen Richtlinien der SAI widersetze und bedenkenlos die kapitalistische Ausbeutung des sudetendeutschen Proletariats an der Seite der tschechischen Bourgeoisie unterstütze. Die DSAP beantragte daher, die SAI möge "eine Untersuchungs- und Vermittlungskommission einsetzen, welche die politischen Zustände und das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei prüfen und nach Feststellung der Tatsachen jene Maßregeln anwenden soll, die geeignet sind, die Zusammenarbeit des Proletariats dieses Landes auf der Basis aufrichtiger Internationalität, voller Anerkennung des nationalen Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenkampfes aller Proletarier wieder sicherzustellen." Von der ČSD wurde gefordert, daß sie gemeinsam mit den übrigen sozialdemokratischen Parteien in der ČSR den nationalen Chauvinismus und Imperialismus der tschechoslowakischen Bourgeoisie bekämpfe und politisch auf den Boden des gemeinsam verabschiedeten Brünner Nationalitätenprogramms zurückkehre. Das umfangreiche Dokument ist auszugsweise abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 161-67.

¹⁹⁷ Berichterstattung über die Ergebnisse der Prager Verhandlungen in der Sitzung der Exekutive der SAI am 16./17.2.1924. Zit. nach Protokoll des sechsten Parteitages der DSAP (1927), S. 131.

¹⁹⁸ Das Dokument ist aufgenommen worden in den Bericht des Parteivorstandes, in: Ebd., S. 133-35.

¹⁹⁹ Vgl. zu dem Dreiecksverhältnis SAI-DSAP-ČSD auch Wingfield (1989), a.a.O., S. 66 ff.; und O. Meiler: Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP) im Spannungsfeld zwischen tschechischen Sozialdemokraten und Kommunisten (1918-1929), München 1989. Beide Autoren schreiben der SAI jedoch einen größeren Einfluß auf die politische Annäherung zwischen DSAP und ČSD zu.

gierungsbildung ohne sozialdemokratische Beteiligung möglich geworden. Alle Vorwürfe des nationalen Verrats an den BdL und die DCV²⁰⁰ konnten nicht länger die Tatsache überdecken, daß die DSAP ohne einen sofortigen Ausgleich mit der ČSD oder eine Annäherung an die aktivistischen Bürgerparteien zukünftig weder nationale noch sozialistische Interessen werde durchsetzen können. Der Weg ins nationale Bündnis wurde neben dem anderslautenden Grundsatzbeschuß vom Mai 1920 über die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und der gerade erst geschlossenen bürgerlichen Regierungskoalition vor allem durch die Verabschiedung der Verwaltungsreform im Frühjahr 1927 verhindert, deren Ergebnisse mit den nationalpolitischen Grundsätzen der Partei in jeder Beziehung kollidierten. Es blieb demzufolge nur der Weg der Verständigung innerhalb des sozialistischen Lagers. Auf dem Parteitag von 1927 wurde die programmatische Annäherung beider Parteien deshalb als das "Lebensinteresse des Gesamtproletariats" in der ČSR bezeichnet. Sie sei "die Schicksalsfrage des Sozialismus in diesem Staate und darum der Aufwendung der Kraft und des guten Willens aller Genossen wert"²⁰¹.

Die Annäherung an die tschechische Schwesterpartei wurde nunmehr durch zwei Umstände erleichtert. Zum einen stimmte die DSAP am 27.5.1927 für die Wiederwahl Masaryks. Diese wäre zwar auch ohne die Stimmen der DSAP erfolgt, doch war die Signalwirkung ins tschechische sozialistische Lager eindeutig. Zum anderen unterzog sich die Partei im Herbst 1927 einer grundsätzlichen Neubewertung ihres Verhältnisses zum Aktivismus als politischem Prinzip²⁰². Der erste - und einzige - gemeinsame Kongreß aller sozialdemokratischen Parteien in der ČSR, der Ende Januar 1928 auf Bestreben der ČSD im Prager Industrievorort Smíchov abgehalten wurde, brachte zwar wenig substantielle Veränderungen in den Beziehungen zwischen beiden Parteien, verdeutlichte aber, daß die DSAP nunmehr bereit war, ihre für die ČSD unannehmbaren nationalpolitischen Forderungen zugunsten der politischen Gemeinsamkeiten in der sozialen Frage zurückzustellen. In diesem Sinne wurde in der Resolution von einem einheitlichen Proletariat in der ČSR gesprochen und der gemeinsame Wille ausgedrückt, die bürgerliche Regierungskoalition abzulösen. Nationalpolitische Forderungen wurden in die Resolution nicht aufgenommen. Die teilnehmenden Parteien einigten sich lediglich auf die These, daß die Stärkung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse die günstigste Basis für eine nationale Verständigung bereiten würde²⁰³.

²⁰⁰ "Aus den Verkündern der nationalen Einheitsfront aller Deutschen wurden Koalitionsgenossen der tschechischen Chauvinisten, aus den Anhängern wider das undemokratische Regime der allnationalen Koalition wurden die eifrigsten Befürworter der Ernennung der Landes- und Bezirksvertretungen, aus den Klassenharmonieaposteln, deren Mund von sozialem Öl übertroff, wenn sie vor ihre Wähler traten, wurden die Stürmer wider die Sozialversicherung." Protokoll des sechsten Parteitages der DSAP (1927), S. 5.

²⁰¹ Ebd., S. 138.

²⁰² "Die fortdauernde Stabilität und die offenbar gewordene Ausweitung des Aktivismus im bürgerlichen Lager - wenn auch mit einzelnen Nuancen - brachte Schwankungen und Unsicherheiten in die sozialdemokratische Bewertung dieser Politik. Nun wurde der Aktivismus nicht mehr als eine rein bürgerliche Politik, die es grundsätzlich zu kritisieren und zu verdammen galt, betrachtet, sondern der wesentliche Aspekt dieser Politik in den Vordergrund gerückt, den zu verfolgen man auch für sich in Anspruch nahm." Kracik (1999), a.a.O., S. 185.

²⁰³ Vgl. Protokoll des gemeinsamen Kongresses (1928), S. 97 ff.

Die Parlamentswahlen vom Oktober 1929 brachten eine Konsolidierung für beide Parteien. Die ČSD konnte ca. 136.000 Stimmen oder 1,5% und die DSAP etwa 95.000 Stimmen oder 1,1% hinzugewinnen, während die KPTsch rund 180.000 Stimmen oder 3% verloren hatte²⁰⁴. Das unmittelbare Ergebnis der Wahlen war der Regierungseintritt beider Parteien. Nachdem Hampl und Bechyně, unterstützt durch Präsident Masaryk, gegenüber dem designierten Ministerpräsidenten Udržal auf die Teilnahme der DSAP an der neuen Koalition bestanden hatten, stimmten die deutschen Sozialdemokraten auf ihrem Sonderparteitag am 30.11.1929 unter Verweis auf die taktischen Spielräume, die die SAI ihren Mitgliedern in der Koalitionsfrage ließ, dem Regierungseintritt zu. Ferner wurde angeführt, die DSAP könne nun die Interessen der Randgebiete vertreten, die im Pragozentrismus immer unterrepräsentiert gewesen waren. Dieser Schritt bedeutete insofern eine Revision bisheriger Standpunkte, als daß die Partei bislang die Ansicht vertreten hatte, sich nur im Falle einer sozialistischen Mehrheit an einer Regierung zu beteiligen, die Fortschritte beim angestrebten Gesellschaftsumbau garantieren konnte. Doch selbst unter Einbeziehung der KPTsch, die zu diesem Zeitpunkt in ihrem Bolschewisierungsprozeß bereits eine eigene Sozialfaschismusthese entwickelte, konnte die parlamentarische Linke zusammen mit den tschechischen Nationalen Sozialisten nur 39,5% der Stimmen oder 122 von 300 Mandaten auf sich vereinigen.

In der Regierung erhielt Ludwig Czech den wichtigen Ministersessel für soziale Fürsorge, der es der Partei erlaubte, besonders auf dem Gebiet der sozialen Frage aktiv zu werden und über die Sozialpolitik die Beziehungen zur ČSD zu intensivieren²⁰⁵. Wie *Kopecek* darstellt, nahm der Austausch zwischen beiden Parteien infolge der gemeinsamen Regierungsarbeit quantitativ deutlich zu. Dies kann der Autor anhand des Anstiegs gemeinsamer Kundgebungen, Sitzungen, Publikationen und Deklarationen belegen²⁰⁶. Da vor dem Regierungseintritt keine Grundsatzentscheidung darüber gefaßt worden war, welche nationalpolitischen Forderungen mit dem neuen Engagement verknüpft werden sollten, hatte sich die Partei in dieser Frage einmal nicht unter politischen Zugzwang gebracht. Auch durch den Umstand, daß die ČSD 1930 die Forderung nach Schul- und Kulturautonomie in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte und sich in der Folgezeit auch tatsächlich um deren Durchsetzung bemühte, war von der DSAP der Druck genommen worden, gegenüber dem Regierungspartner einen nationalpolitischen Konfrontationskurs einschlagen zu müssen. Politische Forderungen nach Fortschritten auf dem Weg zu nationaler Autonomie wurden zwar weiterhin aufrecht erhalten, standen aber in ihrer Bedeutung hinter sozialpolitischen Anliegen, die im Schulterschuß mit der ČSD formuliert wurden, zurück. Diese Tendenz verstärkte sich mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise, in deren Folge sich beide Parteien auf die Erarbeitung sozialer Hilfsprogramme konzentrierten.

²⁰⁴ Die ČSD erzielte insgesamt 13,0% der abgegebenen Stimmen, die DSAP 6,9% und die KPTsch 10,2%. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik (1934), S. 266.

²⁰⁵ Vgl. zur sozialpolitischen Tätigkeit Czechs insbesondere Bericht des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik an den Parteitag in Prag vom Samstag den 29. Oktober bis Dienstag den 1. November 1932, Prag o.J. [1932], S. 16-41. Hier sind alle Initiativen des Fürsorgeministers, ihre Entstehung und Zielrichtung sowie die Koordination mit der ČSD ausführlich dargestellt und ein Teil der Exposés abgedruckt.

²⁰⁶ Vgl. *Kopecek* (1997), a.a.O., 72 ff.

Dabei legte die DSAP in ihrer Regierungspolitik den Schwerpunkt auf die nationale Ausgewogenheit staatlicher Antikrisenprogramme. In der offiziellen Lesart der Partei hieß es nun, daß es neben dem aggressiven tschechischen Nationalismus vom rechten Parteienspektrum einen "amtlichen" Nationalismus gäbe, der von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sei und in der Regierung vor allem von der Agrarpartei getragen werde, die in undemokratischer Auffassung "den Staat als Eigentum nicht etwa der gesamten Bevölkerung, sondern bloß der Tschechen betrachtet und bei aller staatlichen Wirtschafts- und Kulturpolitik tschechisierend zu wirken versucht". Bürgerlicher Nationalismus und Reaktion wurden also auch weiterhin gleichgesetzt und der Regierungseintritt aus diesem Grund auch dahingehend begründet, daß die DSAP eben dieser Entwicklung entgegensteuern wolle. Sie warnte zugleich vor überzogenen Erwartungen, da man erst erfolgreich sein könne, wenn sich der Großteil des tschechischen Proletariats von der nationalistischen Ideologie löse und gemeinsam mit der DSAP für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft kämpfe. Die ČSD wurde ab jetzt als die einzige verständigungsbereite Kraft im tschechischen Regierungslager bezeichnet, da sie "sich in ihrer Presse sehr entschieden gegen die chauvinistischen Ausschreitungen" im Zuge der Tonbildaffäre vom Herbst 1930 wandte. Doch auch sie habe die Dringlichkeit der Lösung der nationalen Frage in der ČSR noch nicht in ihrer gesamten Tragweite erkannt. Denn ein erneutes Erstarren des tschechischen Chauvinismus werde "auch den deutschen Nationalismus [befördern], der ja nicht nur Reflexbewegung der Hitlerei in Deutschland, sondern altes heimatliches Erzeugnis ist, Erbgut aus dem alten Österreich, der immer wieder neue Nahrung gewinnt aus der Ungelöstheit der nationalen Probleme und in den letzten Jahren besonders aus der steten Gefährdung des deutschen Arbeitsplatzes und der verschärften Aggressivität des tschechischen Nationalismus". Schon 1932 zeichnete sich damit das Argumentationsmuster ab, das die Czech-Gruppe gegen die SHF/SdP anwenden sollte, wonach eine Unterstützung des deutschen Nationalismus, "dessen wichtigste Erscheinungsform der Nationalsozialismus geworden ist"²⁰⁷, die nationalistischen Gegenkräfte bei den Tschechen auf den Plan rufen würde, was somit einer Schädigung der sudetendeutschen Interessen gleichkomme. In Wirklichkeit sei ausschließlich die DSAP die Vertreterin nationaler Interessen, denn sie verfolge den einzig gangbaren Weg, über nationale Verständigung zu nationalpolitischen Reformen zu gelangen.

Als Schulminister Ivan Dérer im Dezember 1932 seinen Reformentwurf für die Schulverwaltung vorstellte, in dem zentrale Forderungen der DSAP aus den zwanziger Jahren aufgenommen worden waren - die Schulbehörden sollten auf allen administrativen Ebenen strikt von der Staatsverwaltung getrennt und paritätisch aus lokalen Vertretern und Vertretern der Lehrerschaft zusammengesetzt werden -, traf diese Initiative in der DSAP auf geteilte Meinungen. Während das zentrale Parteiorgan den Schulentwurf in seinem Leitkommentar als richtigen Schritt zur Integration der nationalen Minderheiten und damit zur politischen Stabilisierung pries²⁰⁸, wurden in der theoretischen Zeitschrift der Partei zurückhaltende Stimmen laut. So polemisierte Paul Fürstenau in der Januar-Ausgabe der "Tribüne" gegen den Reformvorschlag, er

²⁰⁷ Bericht des Parteivorstandes (1932), a.a.O., S. 63,65,66.

²⁰⁸ Vgl. Sozialdemokrat, 12.1.1933.

sei "Recht als Weihnachtsgeschenk", auch wenn es aus nationaler Sicht keinen Grund gäbe, ihn abzulehnen²⁰⁹. Hieran zeigte sich, daß beide sozialdemokratischen Parteien noch weit von einer Normalisierung ihres Verhältnisses zueinander entfernt waren. Zum einen herrschte innerhalb der DSAP nach wie vor Unmut darüber, daß sie vor allem in nationalpolitischen Fragen noch immer und ausschließlich von der Gunst und der Initiative der großen Schwesterpartei abhängig war. Zum anderen läßt sich erkennen, daß eine quantitative Verbesserung der Beziehungen, wie sie *Kopecek* aufzeigt, nicht gleichbedeutend mit einer qualitativen Annäherung und dem Aufbau einer Vertrauensbasis oder politischer Gleichberechtigung im Sinne des sozialistischen Internationalismus sein mußte. Die Fragilität der Zusammenarbeit auf nationalpolitischem Gebiet wurde dann mit der Machtergreifung Hitlers besonders augenscheinlich.

Bei beiden Parteien trat der Sozialismus als Bezugspunkt sozialdemokratischer Regierungspolitik noch deutlicher zurück, und sie rückten die politische und soziale Besitzstandswahrung in den Vordergrund. Bei der DSAP zeigte sich darüber hinaus nun erstmalig eine Gradwanderung in der Beurteilung des tschechoslowakischen Staates. Wie Hofbauer im Mai 1933 deutlich machte, sei die "historische Funktion der Tschechoslowakischen Republik ... heute eine andere als im Jahre 1918"²¹⁰. Damals sei die tschechische Demokratie revolutionär gewesen, als sie ihr Volk von den Habsburgern befreite, jedoch konterrevolutionär, als sie den nationalen Minderheiten ihr Selbstbestimmungsrecht verweigerte. Mit dem Sieg der Konterrevolution in Deutschland habe sich ihre historische Funktion allerdings verändert. "Heute ist die Tschechoslowakische Republik wesentlich freiheitlicher als alle ihre Nachbarstaaten, sind die Arbeiter, auch die deutschen Arbeiter, wesentlich freier als in Deutschland. In ihrem eigensten Interesse müssen die sudetendeutschen Arbeiter die tschechoslowakische Demokratie verteidigen ... Den republikanischen und demokratischen Charakter des Staates hat die sudetendeutsche Sozialdemokratie immer bejaht, sie hat aber stets die Ausgestaltung der Demokratie gefordert. Wir sind heute so wenig wie je zuvor rückhaltlose Bewunderer der tschechoslowakischen Demokratie, kennen ihre Mängel, haben oft genug auf sie hingewiesen. Aber diese Demokratie mit all ihren Mängeln und Schwächen ziehen wir doch tausendmal dem Faschismus vor! Und greift der Faschismus diese Demokratie an, so müssen wir uns schützend vor sie stellen."²¹¹ Es läßt sich hierin zwar eine gewisse Loyalität feststellen, diese wurde jedoch mit Vorbehalten vorgetragen. Somit war die Verteidigung des Staates vor dem Faschismus nicht gleichbedeutend mit seiner Anerkennung, sondern die direkte Folge seiner inneren und äußeren Bedrohung. Die Verteidigung der ČSR stellte anders als für die tschechischen Sozialdemokraten keinen Selbstzweck dar, sondern wurde von Hofbauer als Stellvertreterkampf für die Interessen des mitteleuropäischen Proletariats

²⁰⁹ "Wir müssen wünschen, daß die bessere Einsicht bei den Tschechen siege und diesen Entwurf, der ja noch keine Autonomie, aber doch ein guter Schritt hin zu ihr ist, auch wirklich zum Gesetz werden lasse. Denn nur auf diesem Wege kann der innere Friede im Staat, die verständnisvolle und verstehende Zusammenarbeit zweier intelligenter und tüchtiger Völker angebahnt werden. So seltsam es klingen mag, so wahr ist es doch: erst durch die saubere Trennung in ihren Verwaltungsangelegenheiten werden die beiden Völker sich richtig als Menschen kennen und dadurch schätzen lernen. Denn dann wird das schlimmste Hindernis, das gegenseitige Mißtrauen, zwischen ihnen gefallen sein." P. Fürstenau: Reform der Schulverwaltung, in: Tribüne 6 (1933), 12-15, S. 12,14.

²¹⁰ J. Hofbauer: Die letzte Bastion, in: Tribüne 6 (1933), 130-34, S. 131.

²¹¹ Ebd., S. 132.

und als Kampf für den Erhalt der deutschen Kulturnation und ihre sozialistische Entwicklung deklariert.

Trotz dieser Vorbehalte läßt sich bei vielen Politikern infolge der Machtergreifung Hitlers eine Wiederbelebung des proletarischen Internationalismus erkennen. Diese Entwicklung basierte auf der Einsicht, daß der Faschismus in der ČSR nur in enger Übereinstimmung mit der ČSD erfolgreich abgewehrt werden könne. Hierzu bedürfe es jedoch einer neuen Sinnggebung des Verhältnisses beider Parteien, daß über die bisherige Art der Zusammenarbeit in der Regierung hinausgehen und antifaschistisch definiert werden müsse. Am weitesten ging hierbei die Forderung des Jugendfunktionärs Willi Wanka, der einen neuen Einigungskongreß der beiden Parteien vorschlug, welcher die bisherige Defensivhaltung der sozialistischen Parteien zu durchbrechen und folgende Schritte einzuleiten hätte: "Restlose Klarstellung von Beschaffenheit, Ausmaß und Aktualität des tschechoslowakischen Faschismus. Im Anschluß daran Einigung über: a) die Entfaltung einer großen antifaschistischen Volksbewegung, b) die Organisation des antifaschistischen Kampfes über den Rahmen der gegenwärtigen Regierungsbeteiligung hinaus, insbesondere die Vorbereitung des physischen Abwehrkampfes, c) die Wendung des antifaschistischen Kampfes bei erfolgreichem Verlauf zu revolutionärer Gestaltung."²¹² Auch wenn Wanka mit seiner sozialrevolutionären Perspektive die Sichtweise des Parteizentrums überschritt, entsprach der Grundtenor seines Vorschlages den Empfindungen der überwiegenden Mehrheit in der Partei.

Parallel zu dieser Renaissance des Internationalismus betonte die DSAP in der direkten Auseinandersetzung mit dem radikalen Nationalismus aber auch ihre nationale Identität als Teil der deutschen Kulturnation einzige legitimierte Vertreterin sudetendeutschen Interessen und setzte auch weiterhin auf die Durchsetzung nationalpolitischer Fortschritte. Diese Strategie begründeten die Theoretiker der DSAP mit dem für sie offensichtlichen Zusammenhang zwischen der ungelösten nationalen Frage in der ČSR und der Sogwirkung des deutschen Faschismus²¹³. Damit errichteten sie gegenüber dem politischen Partner, aber auch innerparteilich, einen Handlungsdruck, auf nationalpolitischem Gebiet endlich Erfolge erzielen zu müssen. Die auf diese Weise sowohl an sich selbst als auch an die ČSD gestellten Anforderungen ließen sich unter den realen politischen Umständen nicht erfüllen, die nunmehr durch einen steigenden außenpolitischen Druck und innenpolitisch durch einen wachsenden Nationalismus auf beiden Seiten sowie durch eine weitgehend bewegungsunfähige Koalitionsregierung gekennzeichnet und als solche schon zuvor erkannt und der Anhängerschaft erklärt worden waren. Der Schulentwurf Dériers ist für dieses politische Dilemma nur beispielhaft: Er gelangte vom Ministerium nicht einmal auf den Gesetzgebungsweg; Die ČSD konnte und wollte die innenpolitischen Konsequenzen nicht riskieren, die mit einer Durchsetzung per Ministerialverordnung verbunden gewesen wären; Und die nachfolgende innen- und außenpolitische Entwicklung erlaubte es den Sozi-

²¹² W. Wanka: Für ein neues Smichov!, in: Tribüne 6 (1933), 292-95, S. 293.

²¹³ Vgl. W. Jaksch: Arbeiterfront gegen Henleinfront, in: Tribüne 6 (1933), S. 353-55; und J. Hofbauer: Von der Saar nach Záhoří, in: Der Kampf 2 (1935), S. 49-53.

aldemokraten nicht, dieses oder andere nationalpolitische Vorhaben noch ein weiteres Mal auf die Agenda zu setzen.